Conrad Grau

Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft

Zur Organisationsgeschichte der Akademien der Wissenschaften in Deutschland im 20. Jahrhundert

In einer Zeit, in der die Wissenschaftslandschaft umgestaltet wird, lohnt sich wohl ein historischer Rückblick auf die Forschungsorganisation unter dem Gesichtspunkt, den ich gewählt habe. Ohne die durchaus fließenden Übergänge in deren Entwicklungsprozeß im 20. Jahrhundert zu vernachlässigen, lassen sich deutlich geschichtliche Einschnitte erkennen. Bevor auf diese Orientierungspunkte etwas näher eingegangen werden kann, bedarf es einiger Worte zum Problem Akademie und Forschung.

Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716), der geistige Vater und erste Präsident der Berliner Sozietät, entwickelte sein Akademiekonzept im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts. Bestimmend war für ihn die Situation, die sich auf dem Gebiet der Wissenschaft in Europa darbot. Die wissenschaftliche Revolution hatte das überkommene Weltbild in Frage gestellt. Die vorwiegend naturwissenschaftlich geprägte Überwindung traditioneller Anschauungen, für die die Namen Nikolaus Kopernikus (1473-1543), Johannes Kepler (1571-1630) und Isaac Newton (1643-1727) beispielhaft genannt werden können, darf einen parallel dazu verlaufenden Prozeß nicht vergessen machen. Auch auf geistig-ideologischem Gebiet vollzog sich die Ablösung der theologisch-jenseitigen durch die weltlich-diesseitig bestimmte Weltsicht. Die Natur- und die Gesellschaftsentwicklung wurden zunehmend unter Berücksichtigung tatsächlicher Gegebenheiten erforscht, immer weniger an Hand vorgegebener Schemata lediglich interpretiert. Damit war zugleich das System der Forschungs- und Ausbildungsorganisation, das seinen deutlichsten Ausdruck in der im Mittelalter entstandenen Universitätstruktur fand, in Frage gestellt.

Ausgehend von Italien bereits im 15. Jahrhundert setzte sich der Akademiegedanke bis zum 17. Jahrhundert in West- und Mitteleuropa als alternatives Konzept zu den Universitäten durch. Letztere behielten zwar das Ausbildungsmonopol, doch wurden die neuen wissenschaftlichen Fragestellungen weniger in ihren Mauern als vielmehr in Kreisen erörtert, die sich - teilweise unter Einbeziehung von Universitätsprofessoren - auf der Basis spezieller Interessen bildeten. Die Akademienamen Lincei und Crusca, Académie Française und Académie des Sciences, Leopoldina und Royal Society - um nur diese Auswahl hier zu nennen - markieren den Weg der Durchsetzung des Akademiegedankens, und zwar zunächst noch getrennt für die Natur- und die Geisteswissenschaften, immer aber mit dem Ziel neuer Erkenntnisse und

neuen Wissens. Leibniz rezipierte diesen Entwicklungsstand und versuchte durch variierende Überlegungen, den Zusammenschluß von Gelehrten mit dem Ziel gemeinsamer Forschungen zu fördern. Er setzte dabei zugleich auf das Interesse der Herrschenden, ohne deren Zustimmung eine dauernde Institutionalisierung nicht möglich war. Bekanntlich war er nur in einem Falle erfolgreich, eben hier in Berlin, wo 1700 die Sozietät der Wissenschaften gegründet wurde.[1] In ihren Zielen, nämlich die Forschung zu fördern, ordnete sich diese Sozietät voll in die allgemeine Akademiekonzeption ein. Durch die erstmalige Zusammenführung von Natur- und philosophisch-philologisch-historischen Wissenschaften in einer einzigen Institution bereicherte sie den Akademiegedanken und bestimmte damit die meisten späteren Akademiegründungen. Ungeachtet gegenteiliger Bestrebungen gelang angesichts der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland die Schaffung einer Akademie für das ganze Reich nicht. Dessen föderale Struktur führte, nachdem Brandenburg-Preußen den Anfang gemacht hatte, bis ins 20. Jahrhundert zur Bildung einer Mehrzahl von Akademien in Deutschland.[2]

Das Verhältnis von Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft war bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in den damals drei deutschen Akademien - Berlin, Göttingen (1751), München (1759) - durch das Übergewicht der letzteren, eben der Forschungsgemeinschaft, bestimmt. Als Beispiel kann die Berliner Akademie dienen: Bis zur Trennung von ihren wissenschaftlichen Einrichtungen im Gefolge der Universitätsgründung 1810 wurden an der Akademie astronomische, botanische, chemische und physikalische Forschungen institutionell betrieben, natürlich im Rahmen der damals gegebenen Möglichkeiten. Erst seit dem 19. Jahrhundert wurde die Berliner Akademie ebenso wie andere in dem Maße zu einer Gelehrtengesellschaft, wie die Forschung an den Universitäten und dann vor allem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert an außeruniversitären Instituten eine Heimstatt fand. Die Akademien entwickelten als spezifische Form für Forschungsarbeiten die Bildung von Kommissionen mit angeschlossenen Unternehmen für befristete, oft aber dauernde, thematisch begrenzte Projekte. Sie trugen durchweg, auch im quantitativ kleineren naturwissenschaftlichen Bereich, systematisierend-sammelnd-editorischen Charakter.[3] An der Berliner Akademie wurde dieses hier seit 1815 mit der Begründung des Corpus der griechischen Inschriften realisierte Prinzip der Forschungsorganisation mit der Aufnahme akademiegeschichtlicher Arbeiten in Form einer Kommission/Arbeitsstelle noch 1966/67 praktiziert. Die anderen deutschen Akademien haben es niemals aufgegeben: an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wurde eine vergleichbare Organisation von Forschungsarbeiten erneut geschaffen.[4]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann die umfassende Etablierung der außeruniversitären Forschung in Instituten der Länder und des Rei-

ches, durch Wirtschaftsunternehmen und durch spezielle Vereinigungen wie beispielsweise die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie setzte sich in unserem Jahrhundert voll durch. Damit mußten sich die Akademien der Wissenschaften die Frage nach ihrer Stellung im Forschungsgefüge verstärkt vorlegen. Antworten suchten sie auf zwiefache Weise zu finden. Eine erste war im Jahre 1893 die Bildung des Verbandes wissenschaftlicher Körperschaften, des sogenannten Kartells von sechs Akademien in Deutschland und Österreich - Göttingen, Leipzig, München, Wien, Berlin (seit 1906), Heidelberg (seit 1911); eine zweite die Gründung der Internationalen Assoziation der Akademien im Jahre 1899[5]. Der letzteren gehörten bei der faktischen Auflösung während des ersten Weltkrieges 24 Akademien ganz überwiegend aus Europa an. In beiden Organisationen wurde eine Abstimmung und Koordinierung der im Rahmen der von den Akademien betriebenen Forschungsarbeiten angestrebt und partiell erreicht. Daneben gab es Bemühungen um die Errichtung von Forschungsinstituten an den Akademien, wie am Beispiel der Berliner exemplifiziert werden kann.

Im Umfeld der Bemühungen, die 1911 zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Forschung e.V.[6] in Berlin führten, wurde auch die Möglichkeit erörtert, die geplanten Forschungsinstitute mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu verbinden. Es ist hier nicht der Ort, die in Forschungen zur Geschichte der KWG und der Akademie ausführlich behandelte Problematik darzustellen. Es genügt, das Ergebnis zu verzeichnen. Die staatlich und teilweise durch Stiftungen finanzierten Akademien der einzelnen Länder mit ihren Forschungsvorhaben bestanden fortan neben der gesamtstaatlichen KWG als Trägerin von Forschungsinstituten, die durch Mittel der Wirtschaft und der Banken, zunehmend aber auch aus dem Reichshaushalt und den Länderhaushalten finanziert wurden. Eine Vereinheitlichung dieser Organisationsformen erwies sich als unmöglich, es kam zur gleichwohl immer wieder auch in Frage gestellten Koexistenz.

Drei Problemkreise bestimmten fortan im wesentlichen das Verhältnis zwischen KWG und Akademie - besser Akademien -, also zwischen Forschungsgemeinschaft und Gelehrtengesellschaft. Das waren erstens die unterschiedliche Finanzierung und der daraus folgende Einfluß von Staat und Wirtschaft auf die Forschung, zweitens die Ambivalenz von föderaler und zentraler Wissenschaftsorganisation und drittens die Tatsache, daß die Wissenschaftler, die die Forschungen durchführten, in einem für den Einzelnen jeweils unterschiedlichen Maße persönlich und vielfach gleichzeitig mit Akademien, Universitäten, der KWG und anderen Forschungsinstituten verbunden waren.

In den Jahren 1930 und 1939 gab es von der Berliner Akademie ausgehende Versuche, ihre Stellung im Forschungsgefüge neu zu bestimmen. In dieses Umfeld gehört eine intensive Diskussion, die wohl auch im Zusammenhang mit den finanziellen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise gesehen werden muß. Sie führte 1930 zur Publikation des umfassenden zweibändigen Werkes "Forschungsinstitute" im Sinne einer nationalen Selbstverständigung der Wissenschaftler.[7] Im Jahre 1929 war die 1920 angesichts der komplizierten Lage der Forschung nach dem ersten Weltkrieg von den Akademien, den Universitäten, der KWG und anderen gegründete Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft unter dem offiziellen Namen Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung umgebildet worden.[8] Sie wurde damit zu einer Dauerinstitution. Seitens der Akademien im Kartell wurde die Sorge geäußert, daß sie sich "von ihren ursprünglichen Aufgaben entfernt und damit in einen unerfreulichen Gegensatz zu den wissenschaftlichen Akademien geraten könnte".[9] In dieser Zeit latenter Spannungen zwischen den verschiedenen Wissenschaftsorganisationen wurde 1930 in Berlin die längere Zeit vorbereitete "Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit" vorgelegt.[10]

Dieser Plan sah die Bildung von fünf Forschungsinstituten auf der Grundlage der an der Akademie bestehenden Kommissionen und deren Unternehmen vor. Sie waren alle geisteswissenschaftlich orientiert und sollten auf folgenden Gebieten tätig werden: griechisch-römische Epigraphik, Geschichte der Wissenschaft im Altertum, Patristik, buddhistische Forschungen sowie deutsche Sprache und Literatur. Vier naturwissenschaftliche Institute wollte die Akademie zusätzlich vom preußischen Staat übernehmen, und zwar das Meteorologische (seit 1847), das Geodätische (seit 1869), das Astrophysikalische (seit 1874) und die Biologische Anstalt auf Helgoland (seit 1892). Als zehntes Institut wurde eines für theoretische Physik geplant. Jedes dieser Institute "sollte für die gesamte Gelehrtenwelt den Mittelpunkt der Forschung auf dem Gebiete, dem es gewidmet ist, bilden". Der Vorschlag verstand sich als ein Versuch der Akademie, "mit dem Fortschritt auch der naturwissenschaftlichen Forschung Schritt (zu) halten".

Die 1930 in der "Denkschrift" publizierten Vorstellungen verfolgten das Ziel, neben und ergänzend zu dem bestehenden Organisationssystem ein eigenes Forschungspotential der Akademie aufzubauen. Sie blieben ohne Folgen, vor allem wohl infolge der anfangs der dreißiger Jahre bestehenden gesellschaftspolitischen und finanziellen Situation. Es erheben sich jedoch Fragen, die für die spätere Entwicklung zu beachten bleiben. Die Berliner Akademie als Gelehrtengesellschaft war bestimmt durch eine festgelegte Mitgliederzahl; sie

ergänzte sich durch Zuwahlen von Wissenschaftlern auf Lebenszeit nach strengen Auswahlprinzipien mit dem Ziel, durch ihre Mitglieder möglichst alle relevanten Wissenschaftsdisziplinen in völliger Parität für Natur- und Geisteswissenschaften zu vertreten. Ist eine solche überhaupt in der Lage, als Leitungsgremium für einen Komplex von Instituten mit spezifischen Aufgaben zu fungieren? Oder würde sich in diesem Fall der Charakter der Gelehrtengesellschaft völlig ändern müssen? Den Verfassern der "Denkschrift" von 1930 dürfte diese Problematik bewußt gewesen sein, auch wenn sie sie nicht ausdrücklich artikulierten.

Hinsichtlich der geplanten Akademie-Institute war 1930 vorgesehen, daß an der "Spitze ein von der Akademie aus ihren Mitgliedern gewählter Direktor steht". Daneben war für jedes Institut ein "wissenschaftlicher Beirat" ins Auge gefaßt, der "ebenfalls von der Akademie aus ihren Mitgliedern oder außerhalb der Akademie stehenden Gelehrten" gebildet werden sollte. Zugleich wurden zwölf neue Mitgliederstellen - für nicht in Berlin ansässige Wissenschaftler - beantragt, deren Stellen "nicht an bestimmte Fächer gebunden sein" sollten, „sondern je nach dem eintretenden Bedarf der Akademie besetzt werden". Das wurde von der Akademie ausdrücklich mit „der vorgeschlagenen Erweiterung ihrer Betätigung" begründet. Es könnte nämlich „der Fall eintreten - und er ist bereits eingetreten -, daß ein an die Universität oder eine andere Hochschule berufener, im übrigen vielleicht ausgezeichneter Vertreter seines Faches, für die Aufgaben, die sich die Akademie gestellt hat, kein oder nur geringes Interesse besitzt".

Der ganze Forderungskatalog der Preußischen Akademie lief also de facto darauf hinaus, diese durch Institutsgründungen und die partielle Änderung der Zuwahlkriterien gewissermaßen zu einer Forschungsakademie umzugestalten. Für zwölf zusätzliche Ordentliche Mitglieder sollten die Residenzpflicht, die Einbindung in die damals seit etwa 100 Jahren praktizierte Fachstellengliederung und die ansonsten stets betonte individuelle Auswahl aus dem Kreis Berliner Gelehrter aufgehoben werden. Das sollte geschehen zugunsten von Wissenschaftlern, die - bei Erfüllung der fachlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft - allein als potentielle Institutsdirektoren unter Verzicht auf die Übersiedlung nach Berlin in die Akademie berufen werden konnten. Eine solche Regelung ging beträchtlich über die seit dem 19. Jahrhundert durchaus gängige Praxis hinaus, bei Berufungen auf Berliner Lehrstühle auch die mögliche Vertretung der entsprechenden Fachdisziplin in der Akademie im Blick zu haben. Da die Pläne der Akademie damals nicht verwirklicht wurden, änderte sich deren Stellung im Wissenschaftsgefüge ungeachtet der 1935 genehmigten sechs Stellen für Auswärtige Ordentliche Mitglieder bis 1945 nicht. Ein 1939 gestarteter Versuch der Preußischen Akademie, nicht als Ein-

richtung eines deutschen Landes, sondern als zentrale deutsche Akademie mehr Einfluß auf die Wissenschaftsentwicklung zu gewinnen, ist gescheitert.

Den Weg für den Vorstoß von 1939 bereitete ein Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 8. Oktober 1938. Dieser wies die Berliner ebenso wie die anderen deutschen Akademien an, die Satzungen "entsprechend den Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der deutschen Gegenwart beruht, umzugestalten,"[11] sie also in die nationalsozialistische Wissenschaftsorganisation einzupassen. Das seit 1881 in Berlin geltende Statut sollte ersetzt werden. Die neue Satzung wurde entsprechend den Vorgaben des Ministeriums bis zum 15. Dezember 1938 ausgearbeitet. Bestätigt wurde sie am 8. Juni 1939. Die beiden Klassen der Preußischen Akademie blieben bestehen, ebenso deren Arbeitsformen im Kommissionen und Unternehmen, auch wenn neue Akzentsetzungen im Sinne des nationalsozialistischen Staates unverkennbar sind. Die ordentliche Mitgliedschaft wurde an das Reichsbürgerrecht gebunden, was bedeutete, daß jüdische Wissenschaftler der Akademie nicht mehr angehören durften. Die Vorgabe des Ministers, "nur Reichsbürger, die ihren Wohnsitz im Lande Preußen haben", zu wählen, wurde nicht eingehalten. Der Einzugsbereich für die 76 Ordentlichen Mitglieder der Preußischen Akademie erstreckte sich jetzt auf das ganze Reich, doch durften nur zwölf von ihnen "ihren Wohnsitz außerhalb von Berlin und seiner Umgebung" haben, nämlich die schon erwähnten Auswärtigen Ordentlichen Mitglieder. Die Zahl der Klassensekretare wurde von vier auf zwei reduziert. Entsprechend dem sogenannten Führerprinzip wurden die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten, die es seit 1759 und 1745 nicht mehr gegeben hatte, neu geschaffen. Die Leitung der Akademie bestand aus den vier Wissenschaftlern, die die erwähnten Ämter innehatten, und dem ebenfalls neu eingeführten "Direktor bei der Akademie". Noch vor der formalen Bestätigung der neuen Satzung wurden Theodor Vahlen (1869-1945), Ernst Heymann (1870-1946), Ludwig Bieberbach (1886-1982), Hermann Grapow (1885-1967) und Helmuth Scheel (1895-1967) um die Jahreswende 1938/39 vom Minister ohne Rücksprache mit der Akademie in ihre Ämter eingesetzt.

Als er noch kommissarischer Präsident war, benutzte Theodor Vahlen, ein 1937 zum Ordentlichen Akademiemitglied gewählter Mathematiker und als Vertreter der sogenannten Deutschen Mathematik überzeugter Nationalsozialist, bereits die erste Gelegenheit zu einem Eingriff in das Wirken der deutschen Akademien, wie das folgende Beispiel zeigt. Die Akademien wählten über das erwähnte Kartell die beiden deutschen Vertreter in der Union Académique International (UAI), in die sie 1935 aufgenommen worden waren. 1939 fungierten die Akademiemitglieder Heinrich Lüders (1869-1943) aus

Berlin und Karl Brandi (1868-1946) aus Göttingen als die vom Kartell gewählten deutschen Delegierten. Als Lüders 1939 zur UAI-Tagung nach London fahren wollte, schrieb Vahlen an das Reichskultusministerium: "Ich halte Herrn Lüders nicht für geeignet, die deutschen wissenschaftlichen Belange im Ausland in der richtigen Weise wahrzunehmen."[12]

Er polemisierte gleichzeitig gegen die Arbeit des Kartells und gegen dessen Recht zur Wahl der Delegierten, wenn er die Frage aufwarf, ob eine solche „überhaupt vorgenommen werden soll". Ohne jede Rücksprache mit den anderen Akademien forderte Vahlen eine Reorganisation des Kartells, das entsprechend der föderalen Wissenschaftsstruktur seit 1893 als Gemeinschaft gleichberechtigter Länderakademien mit jährlich wechselndem Vorsitz wirkte. Vahlen verlangte die Bildung eines Reichsverbandes der deutschen Akademien unter der Führung der Preußischen Akademie, also de facto seiner eigenen. Damit war das Selbstverständnis jeder einzelnen deutschen Akademie getroffen. Deren Proteste erwirkten zwar einen Aufschub, doch wurde der Reichsverband schließlich 1940 gegründet.[13] In ihm hatte die Preußische Akademie die dominierende Stellung. Zugleich war er für Vahlen die Vorstufe für eine Reichsakademie der deutschen Wissenschaft, die 1940 unter ihm als kommissarischen Präsidenten installiert, aber angesichts kriegsbedingter neuer Schwerpunktsetzungen in der Wissenschaftsentwicklung kaum noch wirksam wurde.

Im Zusammenspiel zwischen Berliner Akademieleitung und Reichsministerium war es 1939/40 also gelungen, die Preußische Akademie, die ihrer inneren Struktur nach eine Gelehrtengesellschaft blieb, auf dem Verordnungswege zur zentralen deutschen Akademie zu erheben. Infolge äußerer Entwicklungen und latenter Widersprüche innerhalb des Wissenschaftssystems blieb das ein formaler Akt. Die Beteiligten indes betrachteten ihn als einen Schritt zu einer weitergehenden Reorganisation des Forschungsgefüges, wie der gleichzeitige, allerdings ebenfalls folgenlose Angriff Vahlens auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als die wirksamste Forschungsgemeinschaft in Deutschland zeigt, deren Funktion er offensichtlich für die Berliner Akademie beanspruchte.

Auf dem Leibniz-Tag 1939 sagte Vahlen über die Forschungsorganisation: „Es besteht hier also der merkwürdige Zustand: der Staat unterhält die Akademie; die Institute, die die Akademiker leiten und aus denen die berühmten und wertvollen Arbeiten hervorgehen, unterhält der Staat auch, aber nur zum Teil unmittelbar, zum andern Teil nämlich bei den 12 Akademikern, die Direktoren von Kaiser Wilhelm-Instituten sind, unterhält der Staat diese Institute auf dem kostspieligen Umweg über die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft. Diese Verquickung von staatlichen und privaten Leistungen mit ihrer Verwischung der Zuständigkeiten ist ein demokratischer Rest von Desorganisa-

tion. Für unser Ansehen nachteilig, da glänzende Forschungsergebnisse unserer Mitglieder das Ansehen der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft mehren, die doch nur die Verwaltung ausübt, während bei uns die Köpfe sind, denen man diese Ergebnisse verdankt." Er forderte die „Ausdehnung der Akademie"[14] auf forschende Wissenschaften und auf praktische.

Diese die Wirklichkeit verzerrenden Ausführungen gäben zu mannigfachen Überlegungen Anlaß. Hier soll unter den Stichworten Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft nur auf ein Faktum hingewiesen werden: den Anspruch der Berliner Akademie, die nicht nur gegenüber den anderen deutschen Akademien eine Vorrangstellung anstrebte, sondern die zugleich ihren Status einer Gelehrtengesellschaft zugunsten einer Forschungsgemeinschaft verändern wollte. Die Zielstellung knüpfte 1939/40 also inhaltlich an die „Denkschrift" von 1930 an, ging aber darüber insofern hinaus, als nicht mehr nur an eine Ergänzung der Forschungsorganisation durch Akademie-Institute, sondern an eine Zurückdrängung, wenn nicht sogar Beseitigung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gedacht war, wobei allerdings die innere Stabilität des Forschungsgefüges ungenügend beachtet wurde. Da die Überlegungen über ein Vorstadium nicht hinauskamen, wurde 1939/40 über die Auswirkungen derartiger Veränderungen für die Zuwahlpolitik der Akademie, die 1930 angesprochen worden waren, nicht debattiert.

Die seit Jahrzehnten immer wieder erörterte Problematik der Forschungsorganisation stellte sich dann nach 1945 auf neue Art. Während des ersten Nachkriegsjahrfünfts nahmen die Akademien der Wissenschaften in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München ihre Tätigkeit wieder auf, neu entstand 1949 die Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz. In einem komplizierten Wechselprozeß von Verbot und Neugründung etablierte sich auf der Basis der bereits im Kriege weitgehend aus Berlin verlegten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Max-Planck-Gesellschaft, zunächst in Göttingen, schließlich in München. Außer der Berliner bewahrten die anderen Akademien, weitgehend unter Erhalt ihres Mitgliederbestandes, der durch Zuwahlen ergänzt wurde, ihre Stellung als Gelehrtengesellschaften, die in bewährter Form ihre Forschungsarbeiten weiterführten und neue begannen. Eine wirklich durchgreifende Veränderung erfuhr allein die Berliner Akademie.

Mehrere, insgesamt vor allem sechs Faktoren sind in Rechnung zu stellen, wenn man die Nachkriegsentwicklung der Berliner Akademie betrachtet, wobei die Reihenfolge der Faktoren keine Wertung bedeutet. Erstens war die Preußische Akademie ungeachtet der Versuche, ihr eine zentrale Funktion zuzuweisen, weiterhin eine unter mehreren deutschen Akademien, wenn auch die größte. Zweitens schlug die Tatsache, daß ihr Sitz Berlin und damit die

Reichshauptstadt war, wie schon vor 1945, insofern zu Buche, als sich daraus eine Sonderstellung ableiten ließ, wenn man das wollte. Drittens lag die Berliner Akademie im Einzugsbereich der sowjetischen Besatzungsmacht, die eine auf ganz Deutschland zielende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und ihrer antifaschistischen Konzeption anstrebte. Viertens wurden im Osten Deutschlands unter maßgeblicher Einbeziehung sozialistisch-kommunistisch eingestellter Deutscher unter der Oberhoheit der Besatzungsmacht bereits 1945/46 neben den Länder-, also den föderalen Behörden zentrale Verwaltungsinstitutionen geschaffen; deren Kompetenz beschränkte sich praktisch auf das sowjetische Besatzungsgebiet, doch waren sie wohl auch als mögliche Kerne künftiger gesamtdeutscher Organe gedacht. Fünftens hatte der Kriegsverlauf dazu geführt, daß ein beachtlicher Teil des personellen und materiellen Forschungspotentials aus dem Osten in den Westen Deutschlands transferiert worden war. Sechstens war der Trägerstaat der Berliner Akademie - obwohl Preußen de jure erst 1947 durch den Alliierten Kontrollrat aufgelöst wurde - bereits 1945 nicht mehr existent; die beiden zur SBZ gehörenden Provinzen Preußens - Brandenburg und Sachsen - bildeten schon vor ihrer Umwandlung in Länder ebenso wie die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen eigene Verwaltungseinheiten.

Aus der Kenntnis des zentralistischen Konzepts der Wissenschaftsorganisation in der Sowjetunion und rückblickend aus den Ergebnissen der Umgestaltung der Wissenschaft in allen sozialistischen Ländern läßt sich unter Beachtung des gesamtdeutschen Aspekts der sowjetischen Besatzungspolitik mit einiger Sicherheit ableiten, daß auch für Deutschland eine zentrale Forschungsinstitution angestrebt wurde. Die Berliner Akademie bot sich dafür aus mehreren Gründen an. Sie hatte bereits im Juni 1945 - wenn auch personell reduziert und auf ganz schmaler materieller Basis - ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie genoß als älteste deutsche Akademie der Wissenschaften national und international - nicht zuletzt als Partner der fast gleichaltrigen Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau[15] - hohes Ansehen. Für sie sprach Berlin - die nicht in Frage gestellte Hauptstadt - als ihr Standort.

Der etwas verschlungene Weg der Berliner Akademieentwicklung von Juni 1945 bis Juni 1946, der in seinen Details der weiteren Erforschung bedarf und der - auch soweit bisher bekannt - hier nicht dargelegt werden kann, mündete jedenfalls vom Juli bis November 1946 in definitive Festlegungen, die eine für Deutschland neue Akademiekonzeption sichtbar werden lassen. Am 1. Juli 1946, dem 300. Geburtstag des Akademiegründers G. W. Leibniz, erging nach Absprachen mit deutschen Behörden und Wissenschaftlern der Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) über die Eröffnung der Preußischen als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Ber-

lin. Mit einer festlichen Veranstaltung nahm sie am 1. August 1946 offiziell ihre Arbeit auf. Sie war der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone unterstellt. Bis zum 31. Oktober 1946 wurde das neue Statut erarbeitet, das am 26. November 1946 in Kraft trat. Es galt bis 1954.[16]

Dieses Nachkriegsstatut der Akademie von 1946, das die seit mehr als 100 Jahren bestehende Struktur der Gelehrtengesellschaft mit zwei gleichberechtigten Klassen mit jeweils 38 Ordentlichen Mitgliedern unangetastet ließ, enthält ansonsten bereits alle Voraussetzungen für ihren Ausbau zu einer Forschungsgemeinschaft - auch wenn die beteiligten Wissenschaftler und Politiker damit wahrscheinlich unterschiedliche Zielstellungen verfolgten. Betont wurde die Wiederaufnahme der „Arbeit auf neuer Grundlage und in erweiterter Form". Vorgesehen waren „Forschungsinstitute für bestimmte Forschungsaufgaben", Kommissionen mit Unternehmungen und die besondere Förderung der „Forschungsarbeiten der ihr angehörigen Gelehrten". Die Leitung bildeten der Präsident, der Vizepräsident und die beiden Klassensekretare, die von einem Direktor bei der Akademie unterstützt wurden, der die Akademieverwaltung leitete. Ordentliche Mitglieder konnten „angesehene deutsche Gelehrte" werden, also ohne jede Begrenzung des territorialen Einzugsbereichs. Es gab allerdings eine Einschränkung: „Diejenigen ordentlichen Mitglieder, die nach der Lage ihres Wohnortes sich regelmäßig an den wissenschaftlichen und geschäftlichen Sitzungen beteiligen können, bilden den inneren Arbeitskreis der Akademie." Korrespondierende Mitglieder konnten „angesehene Gelehrte im In- und Ausland" werden. Für die deutschen korrespondierenden Mitglieder war damit im Unterschied zu früher, als allein der Wohnort als Unterscheidungskriterium galt, eine Stufenfolge gegenüber den ordentlichen Mitgliedern eingeführt. Über mögliche Ehrenmitglieder wurde lediglich gesagt, sie müßten „außerordentliche Verdienste um die Wissenschaft oder um ihre Anwendung auf das praktische Leben erworben haben". Die Zuwahlen ordentlicher Mitglieder sollten auf der Grundlage eines mit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung abgestimmten Stellenplans erfolgen, und sie bedurften deren Bestätigung. Das Vorschlagsrecht stand den ordentlichen Mitgliedern, den anderen deutschen Akademien durch deren Präsidenten, den deutschen Universitäten durch deren Rektoren sowie gesondert zu benennenden „sonstigen Forschungsinstituten und Einrichtungen mit wissenschaftlicher Autorität" zu.[17]

Bei der Konstituierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Jahre 1946 trafen zwei Konzepte aufeinander, die sowohl in ihrer Genesis als auch in ihrer Zielstellung unterschiedlich waren, die jedoch zu diesem Zeitpunkt und für eine bestimmte Frist zur Deckung gebracht werden konnten. Unter wirkungsgeschichtlichem Gesichtspunkt ist dabei unerheblich,

ob und wie weit die Partner - die Behörden und die Wissenschaftler - Einblick in ihre jeweiligen Vorstellungen hatten. Auf der einen Seite standen die politisch Handelnden der Besatzungsmacht und der deutschen Volksbildungsverwaltung, die eine zentrale Forschungsinstitution anstrebten, die in einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung verwurzelt war. Auch wenn deren spätere Entwicklung sich in den Details damals sicher nicht übersehen ließ, so wurde doch wohl eine Rückbildung zu den vorhergehenden bürgerlichen Verhältnissen ausgeschlossen. Auf der anderen Seite standen die Wissenschaftler, die mehrheitlich wohl eher an eine Erhaltung einer solchen bürgerlichen Ordnung dachten. Gerade ihnen mußte jedoch die Ergänzung der Gelehrtengesellschaft durch eine Forschungsgemeinschaft mit gesamtdeutschem Anspruch genehm sein, griff eine solche Konzeption doch seit Jahrzehnten mit unterschiedlicher Intensität verfolgte Ziele auf. Mit der Übernahme von staatlichen und auch Kaiser-Wilhelm-Instituten sowie mit der Neugründung von Forschungsinstituten wurden die beiden Klassen der Akademie zu Leitungsgremien der Forschung, womit die Akademiemitgliedschaft einen anderen, einen unvergleichlich höheren Stellenwert erhielt. Soweit mir die Quellen bekannt sind, hat offensichtlich keine der beiden Seiten damals beachtet, daß es mit der einfachen Zusammenführung von Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft nicht getan sein konnte. Da waren die Verfasser der Denkschrift von 1930 weitsichtiger, beispielsweise hinsichtlich der Auswirkungen der akademischen Forschungsinstitute auf die Mitgliederstruktur und die Mitgliederzuwahlen.

Die Geschichte der Berliner Akademie von 1945/46 bis 1989 ist noch nicht hinreichend erforscht, und auch die mehr oder weniger bekannten Fakten können hier nicht vorgetragen werden.[18] Insbesondere ist es nicht möglich, auf die wissenschaftlichen Leistungen der Mitglieder, der Mitarbeiter und der wissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie einzugehen. Zweifellos ist es dringend erforderlich, die politische Geschichte der Akademie und die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeiten - beides auch in der wechselseitigen Durchdringung - eingehend zu untersuchen. Darin eingebettet ist die Analyse des Verhältnisses zwischen Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft während mehr als vier Jahrzehnten. Soweit ich sehe, ging es dabei um die ständige Suche nach einer möglichst nahtlosen Verknüpfung nicht notwendig miteinander verbundener und einander bedingender Strukturen. Ein einzelnes Forschungsinstitut, ein Komplex von Forschungsinstituten oder auch eine ganze Forschungsgemeinschaft bedürfen für ihre Leistungsfähigkeit nicht unbedingt eines Gremiums - sei es der Gesamtakademie oder einer Klasse -, dessen Zusammensetzung durch die Zuwahl einzelner Wissenschaftler entsprechend ihrer individuellen Leistung unter Berücksichtigung politischer Genehmheit erfolgt. Notwendig hingegen sind eher wissenschaftliche

Beratungsgremien, die die Institutsdirektoren unterstützen, die zielgerichtet auf die dem Institut übertragenen Forschungsaufgaben zusammengesetzt sind und deren Mitglieder nicht unbedingt Akademiemitglieder sein müssen - man wählte sie denn vorrangig unter dem Gesichtspunkt ihrer Mitwirkung in den Instituten.

Wie kompliziert das Zusammenwirken der verschiedenen wissenschaftlichen Gremien der Akademie bis 1989 war, kann hier allein durch einen Hinweis auf vielfache forschungsorganisatorische Veränderungen mehr indirekt angedeutet werden, die natürlich auch innerwissenschaftliche und wissenschaftspolitische Dimensionen hatten. Ich nenne lediglich die mehrmalige Umstrukturierung und Vergrößerung der Klassen, die Neugründung und Umbildung von Instituten, deren Zahl und Größe mehrfach Veränderungen unterlag, die Wandlungen forschungsleitender Organe der Akademie in Gestalt der Forschungsgemeinschaft, der Arbeitsgemeinschaft, der Sektionen, der Forschungsbereiche, zuletzt der Wissenschaftsgebiete. Ich verweise auf die Zuwahlpolitik, die im Hinblick auf die Zusammensetzung der Akademie als Gelehrtengesellschaft und auf deren Bedeutung für die Akademie als Forschungsgemeinschaft im Kontext der Wissenschaftsentwicklung und gesellschaftspolitischer Zielstellungen unterschiedlichen Kriterien unterworfen war und noch eingehend untersucht werden müßte.

All das wirft im Umfeld notwendiger zeitgeschichtlicher Forschungen über die Akademieentwicklung des letzten halben Jahrhunderts immer auch die Frage nach dem Fortwirken des Leibnizschen Akademiekonzepts während dreier Jahrhunderte auf. Insbesondere die Entscheidungen, die im 20. Jahrhundert über die Stellung der Akademien erwogen oder getroffen wurden, gilt es in ihren jeweiligen historischen Kontext zu stellen, um auf diese Weise Kontinuitäten und Wandlungen sichtbar werden zu lassen.

Anmerkungen

[1] Hans-Stephan Brather (Hrsg.), Leibniz und seine Akademie. Ausgewählte Quellen zur Geschichte der Berliner Sozietät der Wissenschaften 1697 - 1716, Berlin 1993

[2] Conrad Grau, Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg, Leipzig 1988; Thun, Frankfurt a. M. 1988

[3] Adolf Harnack, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Bd. 1-3, Berlin 1900; Conrad Grau, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrtengesellschaft in drei Jahrhunderten, Heidelberg, Berlin, Oxford 1993; Erik Amburger (Bearb.), Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1700-1950, Berlin 1950; Werner Hartkopf (Bearb.), Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700-1990, Berlin 1992

[4] Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften). Jahrbuch 1992/93, Berlin 1994

[5] Conrad Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft. Zum Wirken des Kartells der Akademien von 1893 bis 1940 (im Druck); ders., Die Petersburger Akademie der Wissenschaften in den interakademischen Beziehungen 1899 bis 1915, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 25/2 (1982), S. 51-68

[6] Rudolf Vierhaus, Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990; Günter Wendel, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin 1975

[7] Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 1, 2, Hamburg 1930

[8] Kurt Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968; Thomas Nipperdey, Ludwig Schmugge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920 - 1970, Boppard 1970

[9] Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), II-XII, 8, Bl. 104

[10] Teildruck in: Werner Hartkopf, Gert Wangermann (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Berlin, Heidelberg, New York 1991, S. 301-310. Der Band enthält auch alle Statuten der Akademie von 1710 bis 1984

[11] Ebenda, S. 438

[12] ABBAW, II-XII, 11, Bl. 1

[13] Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1940, Berlin 1941, S. 5f. (Satzung des Reichsverbandes)

[14] Ebenda, 1939, Berlin 1940, S. 118-120

[15] G. D. Komkov, B. V. Levsin, L. K. Semenov, Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Hrsg. u. bearb. v. Conrad Grau, Berlin 1981

[16] Conrad Grau, Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 40, 1992, S. 131-149

[17] Hartkopf, Wangermann (wie Anm. 10), S. 150-158, 478 f.

[18] Werner Hartkopf, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Berlin 1975; Rudolf Landrock, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945 bis 1971 - ihre Umwandlung zur sozialistischen Forschungsakademie. Eine Studie zur Wissenschaftspolitik der DDR, in: Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft. Hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd. I-III, 1977

Hubert Laitko:

Betrachtungen zum Problem akademiespezifischer Forschung

Im Laufe der Geschichte wandeln sich die Netze der wissenschaftlichen Institutionen, die Typen der verschiedenartigen Institutionen, die zu solchen Netzen verknüpft sind, und das Aufgabenspektrum jeder einzelnen dieser Einrichtungen. Gewinne und Verluste von Funktionen treten ein, Veränderungen sind mit Orientierungsschwierigkeiten und Konflikten verbunden. Insofern ist es ganz natürlich, daß auch über Platz und Legitimität der Akademien als eines der ehrwürdigsten Institutionentypen im Repertoire der gegenwärtigen Wissenschaft immer wieder neu nachgedacht wird. Historische Brüche und Umbrüche geben solchem Nachdenken einen unsanften Impuls, und es erscheint mir sinnvoll, auch die Erfahrungen der jüngst erlebten und erlittenen geschichtlichen Veränderungen als Denkanstoß zu nutzen. Auf dem von Herrn Grau ausgebreiteten akademiegeschichtlichen Hintergrund möchte ich einige Überlegungen zu der Frage vortragen, ob es einen Typus (oder mehrere Typen) akademiespezifischer Forschungen gibt und ob insbesondere in der heutigen Wissenschaft Forschungen dieser Art gepflegt werden sollten.

1. Der Begriff der Forschungsakademie. Kritische Anmerkungen

Zumindest in der Geschichte der Berliner Akademie - und möglicherweise wird Ähnliches auch beim Studium der Geschichte anderer Akademien zutagetreten - war es immer eine, wenn nicht die Schicksalsfrage, ob und inwieweit sie bei sich selbst Forschungskapazität institutionalisieren und in *diesem Sinne* zur *Forschungsakademie* werden könnte; daß ihre Mitglieder selbst namhafte Forscher sein sollten und die Akademie auf diese Weise mit der Front der Forschung verbunden sein müßte, stand zumindest in ihren produktiven Zeiten außer Zweifel. Der springende Punkt war das *Angebot von Forschungsmöglichkeiten durch finanzielle und sachliche Sicherstellung.* Über lange Zeiträume war dies in bescheidenem Maße und punktuell der Fall, so durch Dotationen für Akademiemitglieder, durch Embryonalformen von Forschungsinstituten in der Art der Sternwarte oder des chemischen Laboratoriums im 18.Jahrhundert, durch akademische Unternehmungen überwiegend sammelnden und editorischen Charakters seit dem 19.Jahrhundert, durch die Bildung akademischer Kommissionen zur wissenschaftlichen Betreuung derartiger Unternehmungen und die Anstellung wissenschaftlicher Beamter zu deren Organisation und Durchführung (1). Die auf diesem Wege bereitgestellten Kapazitäten waren insgesamt geringfügig. Der Wunsch, es

möge weitaus mehr sein, war immer latent vorhanden, und wenn die Umstände günstig schienen, brachte er sich in Form von Denkschriften und ähnlichen Initiativen vernehmlich in Erinnerung, zum letztenmal vor dem zweiten Weltkrieg mit einem massiven Reformkonzept in den Jahren der Weltwirtschaftskrise (2). Die in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und später in der DDR erfolgte Zuordnung von Forschungsinstituten zur Akademie konnte sich so auf ein starkes und traditionsreiches Bedürfnis stützen; sie war erwünscht, keineswegs oktroyiert. Auch die Berufung auf Leibniz war legitim, denn dessen Programm hatte die zu schaffende Akademie, modern formuliert, als *forschungsbasiertes Innovationszentrum des Landes* verstanden, das darauf zu achten habe, "wie nicht nur Curiosa, sondern auch Utilia ins Werk zu richten" (3) - ganz im Geiste des aufgeklärten Absolutismus.

Bekanntlich wurde der erste und zugleich entscheidende Schritt zur Demontage der aus der DDR überkommenen Akademiegestalt - die im Einigungsvertrag vorgesehene Lostrennung des Instituteverbandes von der Gelehrtengesellschaft - mit der Erwägung gerechtfertigt, die Zuordnung von Forschungsinstituten sei eine unnatürliche Fusion. In der Tat waren die anderen deutschen Akademien - auch die Leopoldina und die Sächsische Akademie der Wissenschaften, die sich auf dem Territorium der DDR befanden - diesem Organisationsmuster nicht gefolgt. Die faktischen Folgen der mit dem Einigungsvertrag ausgelösten Behandlung der Berliner Akademie (4) sind irreversibel. Über manche der damals bemühten Argumente hingegen ist die Geschichte schon jetzt hinweggegangen. Das Bild von der "Forschungswüste" gilt heute - erst wenige Jahre danach - als Musterbeispiel einer Fehleinschätzung; da braucht man gar nicht den Einspruch der Betroffenen heranzuziehen. Ddie Evaluationsgutachten des Wissenschaftsrates enthalten hinreichendes Material zur Widerlegung. Die damals vielstrapazierte Ansicht, die personelle Dimension der Akademie zeuge von einer übermäßigen Aufblähung des Wissenschaftspotentials der DDR im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung, ist statistisch nicht haltbar; in der DDR war zwar das statistische Verteilungsmuster der Wissenschaftlerpopulation ein anderes als in der Bundesrepublik Deutschland, aber die prozentualen Anteile der Wissenschaftler an der Wohnbevölkerung und an der Gesamtbeschäftigtenzahl unterschieden sich in den beiden deutschen Staaten kaum (5). Die Installierung einer großen Organisation für Grundlagenforschung mit einem wachsenden Anteil angewandter, industrienaher Arbeiten, wie sie in den Jahrzehnten der DDR an der Berliner Akademie betrieben wurde, kann keineswegs als erfolglos bezeichnet werden. Ein hinreichend unabhängiger Beleg dafür sind die bereits erwähnten Evaluationsgutachten des Wissenschaftsrates, die schließich alles andere als Gefälligkeitsgutachten waren. Im Interesse eines

sachlichen Urteils über das Vergangene dürfen diese Gutachten nicht in Vergessenheit geraten (6).

Für unser Thema bedeutet die Möglichkeit, für die abgewickelte Akademie der Wissenschaften eine (mit Einschränkungen) positive Forschungsbilanz ziehen zu können, indes noch nicht viel. Sie würde allenfalls belegen, daß es nicht abwegig ist, Institute der Grundlagenforschung mit Akademien zu assoziieren, aber noch nichts darüber aussagen, ob eine solche Verknüpfung im Vergleich mit anderen denkbaren Institutionalisierungsformen irgendwelche Vorteile hat. In der Bundesrepublik Deutschland war die außeruniversitäre Grundlagenforschung bekanntlich prinzipiell andersartig institutionalisiert. Der Erfolg dieser Organisationsform steht außer Frage - dazu muß man nicht einmal die Liste der Nobelpreise als den spektakulärsten Beleg heranziehen. Sicher würde ein in die Details gehender Vergleich auch Gebiete aufweisen, in denen die Akademieforschung in der DDR den entsprechenden Forschungsarbeiten in der Bundesrepublik voraus war, ebenso wie sich Gebiete nennen lassen, in denen das Verhältnis genau umgekehrt war. Aber eine kritische Gesamteinschätzung käme bestenfalls - das wäre das günstigste denkbare Ergebnis - zu dem Fazit, daß außeruniversitäre Grundlagenforschung sowohl in Förderorganisationen von der Art der Max-Planck-Gesellschaft als auch in Forschungsakademien institutionalisiert sein kann, ohne daß der Unterschied der Institutionalform irgendeine Relevanz für den Forschungsertrag besitzt. Eventuell ließe sich noch vermuten, daß die akademische Bindung im Vergleich mit anderen Trägerformen andersartige Forschungsrichtungen präferiert hat, aber für eine solche Annahme sehe ich bisher keinerlei Anhaltspunkte.

Man könnte sich nun zu dem Schluß veranlaßt sehen, daß die Verbindung mit einer akademischen Gelehrtengesellschaft für den Betrieb von Grundlagenforschung keinerlei spezifische Bedeutung hat. Ehe man sich aber zu einem leichten und raschen Urteil entschließt, sollte man einen Augenblick innehalten und fragen, ob denn in der DDR tatsächlich beweiskräftig die Probe darauf gemacht worden ist, wie Forschungsinstitute funktionieren, die von einer hochrangigen Gelehrtengesellschaft autonom gelenkt werden. Dabei geht es mir entscheidend um die geistige Führung; diese kann, muß aber nicht obligatorisch durch administrative Weisungskompetenz untersetzt sein. Ich wage die Annahme, daß eine solche Prüfung in der DDR nicht in einem Maße stattgefunden hat, das zur Begründung eines positiven oder eines negativen Urteils hinreicht. Soweit es dazu in der Nachkriegszeit Ansätze gegeben hat, wurden sie doch schon bald weitgehend paralysiert durch die zielstrebig herbeigeführte Einbeziehung des gesamten Forschungsbetriebes in das zentralistische Leitungssystem der Gesellschaft, das über eine Hierarchie von wei-

sungsbefugten verantwortlichen Einzelleitern verwirklicht wurde. Der Prozeß der Einbeziehung verlief stufenweise und fand mit der Akademiereform 1968/69 seinen relativen Abschluß (7).

Die späten 40er und die 50er Jahre kann man in der Geschichte der Akademie gleichsam als die Zeit der ursprünglichen Akkumulation von Forschungskapazität ansehen; als aber eine "kritische Masse" von Instituten vorhanden und in regulären Gang gekommen war, da begann in den Fünfzigern auch schon die Hierarchisierung der staatlichen Forschungsleitung. Damit soll nicht behauptet werden, daß die hierarchische Leitung des Forschungsbetriebes etwa besonders rigide funktioniert hätte. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß sie zumindest im Bereich der akademischen Grundlagenforschung - freilich mit beträchtlichen Variationen, die dem persönlichen Format des jeweiligen "Einzelleiters" geschuldet waren - eher liberal gehandhabt wurde und dem einzelnen Wissenschaftler viel Freiraum bei der Bestimmung seiner Forschungsinhalte ließ; entscheidend war aber, daß der hierarchische Durchgriff der Leitung die Institute vom akademischen Diskurs in Plenum und Klassen der akademischen Gelehrtengesellschaft weitgehend unabhängig machte. Die dem Amt des Akademiepräsidenten aufgeprägte Doppelrolle, einerseits gewähltes Haupt der durch geheime Wahlen ergänzten Gelehrtengesellschaft, andererseits aber bevollmächtigter und verantwortlicher staatlicher Leiter des Instituteverbandes zu sein - eine Auslegung des Amtes, die in der Tat nicht der neueren Akademietradition entsprach -, mußte mit ihren verwaltungsstrukturellen Konsequenzen dazu führen, daß die Arbeit der Institute und die Arbeit der Gelehrtengesellschaft im günstigsten Fall parallel zueinander und in gewissem Maße korreliert abliefen, insbesondere über die Akademiemitgliedschaft der Institutsdirektoren, die zweifellos gewisse Impulse in die Institute weitertrugen, und die in Klassen und Plenum stattfindenden Beratungen zur Neugründung und Umstrukturierung von Instituten.

Aber man wird auf keinen Fall behaupten können, die Institute hätten als *Problemlösungskapazität zur Prüfung und Umsetzung der im akademischen Diskurs entwickelten forschungsleitenden Ideen* fungiert. Dies aber wäre nach meiner Auffassung genau das gewesen, was unter einer Forschungsakademie zum Unterschied von einer bloßen institutionellen Kopplung von Gelehrtengesellschaft und Instituteverband - verstanden werden müßte. Auch aus der Mitarbeiterperspektive, aus der ich die Akademie zwei Jahrzehnte lang gesehen habe, hatte man nicht den Eindruck, daß sich die Akademiewirklichkeit in nennenswerter Nähe zu diesem Ideal befunden hätte. Die erfahrbare Wirklichkeit war vielmehr die einer Institutegesamtheit, die auch in einem anderen forschungsorganisatorischen Gesamtrahmen auf änliche Weise hätte arbeiten können.

2. In welchem Maße und wie repräsentiert eine Akademie die Wissenschaft ihrer Zeit?

Die Frage, inwieweit akademisch lokalisierte Forschungskapazitäten mit einem spezifischen, von dem anderer Forschungsorganisationen qualitativ unterschiedenen Status möglich sind und inwieweit man sie, sofern sich hinreichend plausible Argumente für ihre Möglichkeit nennen lassen, auch anstreben sollte, ist also wiederum offen, wie sie es schon in langen Zeiträumen der Akademiegeschichte gewesen ist. Die Meinung, die DDR-Erfahrung hätte dagegen gesprochen, erscheint schon allein deshalb unbegründet, weil die damaligen forschungsorganisatorischen Rahmenbedingungen eine hinreichend deutliche Realisierung und Prüfung dieser Organisationsidee nicht zugelassen haben. Da die vorliegenden empirischen Instanzen offenkundig nicht ausreichen, um das Problem akademiespezifischer Forschung durch Analyse und Diskussion historisch praktizierter Beispiele mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft zu entscheiden, ist es erneut an das Forum *genereller wissenschaftsorganisatorischer Überlegungen* überwiesen. Julius Schuster bemerkte 1930 treffend, die Wissenschaft müsse auch in der Wissenschaftsorganisation der Akademie bereit sein, "ihre Voraussetzungen selbst zum Gegenstand der Kritik zu machen..." (8).

Dabei handelt es sich nicht in erster Linie und unmittelbar um eine Frage des Managements. Der Akademiegedanke selbst steht zur Diskussion, denn nur von ihm aus kann die Frage nach dieser oder jener organisatorischen Realisierungsform sinnvoll gestellt werden. Vom Entstehungsimpetus her steckt im Akademiegedanken ein *universaler Anspruch*, insbesondere. seitdem durch Leibniz - ein europäisches Novum (9) - die Wissenschaften von der Natur und die Wissenschaften vom Menschen in ein und derselben akademischen Vertretung verbunden waren. Der Anspruch, das *Ganze* der Wissenschaft (Wissenschaft im Singular) zu repräsentieren, übersetzte sich zwanglos in die Intention, im akademischen Raum die *Gesamtheit* aller Wissenschaften (Wissenschaften im Plural) zu pflegen. In einer Zeit, in der das disziplinäre Prinzip in der Wissenschaft noch schwach ausgeprägt war, erschien dieser Anspruch unproblematisch. Die Barrieren zwischen den verschiedenen Wissensgebieten waren noch niedrig und leicht zu übersteigen, vielseitige Wissenschaftler, die sich abwechselnd oder simultan auf verschiedenen Gebieten betätigten, waren der Regelfall, die Qualität des Universalgelehrten war für Persönlichkeiten von hoher Begabung erreichbar (10).

Zudem konnte man darauf vertrauen, daß die großen klassischen Systeme der Philosophie in der Lage sein würden, die Gesamtheit des verfügbaren Wissens überschaubar und verläßlich zu strukturieren und zu zentrieren.

Dieser native Zustand hielt nicht lange an. Zudem war der Universalitätsanspruch der Akademien von vornherein mit einer wesentlichen Schranke versehen. Auch dann, wenn Akademien (annähernd) alle Gebiete der zeitgenössischen Wissenschaft in ihrem Mitgliederbestand repräsentierten, waren sie doch keineswegs imstande, auch alle wesentlichen Bedingungen für die Erkenntnisentwicklung auf den betreffenden Gebieten bereitzustellen. Forschungsmöglichkeiten wurden fast immer nur punktuell gewährt. Im wesentlichen war man darauf angewiesen, daß die Akademiemitglieder für die Kosten ihrer wissenschaftlichen Arbeiten selbst aufkamen, sei es aus privaten Mitteln, sei es kraft ihrer Anstellung in Lehreinrichtungen oder in anderen Positionen. Was eine Akademie hingegen genuin, immer und für jedes ihrer Mitglieder gewährt, ist *Kommunikation.* Es verwundert einigermaßen, daß in der Literatur die Akademie als Institution nahezu automatisch mit Forschung assoziiert wird, während von Kommunikation selten explizit die Rede ist. Aber gerade diese bleibt d*ie eigentliche, ursprüngliche akademische Leistung,* an die weitere Funktionen nach Bedarf und Möglichkeit anschließen. Kommunikation und Forschung sind zwar nicht identisch, doch sie überschneiden sich. Keineswegs darf wissenschaftliche Kommunikation als ein nichtkreatives Phänomen betrachtet werden, das jenseits der Forschung liegt und sich auf die Zirkulation "fertiger" Ergebnisse beschränkt. Faßt man Erkennen als einen kulturellen Prozeß, dann ist evident, daß es grundsätzlich diskursive Gestalt haben muß, auch wenn die Diskursgemeinschaft bisweilen nur in Gestalt von Publikationen anderer Autoren um den Forscher versammelt und daher "unsichtbar" ist; moderne Laborforschung bringt die diskursive Natur dieses Unternehmens ohnehin unübersehbar zur Erscheinung (11).

Mit der im 18. Jahrhundert einsetzenden, im 19.Jahrhundert stürmisch voranschreitenden disziplinären Ausdifferenzierung der Wissenschaft traten bald Zustände ein, unter denen es praktisch unmöglich war, daß eine Akademie sämtliche zeitgenössisch vorhandenen Disziplinen auch nur mit einem einzigen Vertreter umfassen konnte. Den Eigenarten der Wissenschaftsentwicklung und der sukzessiven "Verwissenschaftlichung" verschiedener Sphären der gesellschaftlichen Erfahrung folgend, gestaltete es sich so, daß ganze Disziplinengruppen - etwa die technischen Wissenschaften, die Agrarwissenschaften, die Montanwissenschaften, bisweilen auch die medizinischen Wissenschaften - vor den Toren der Akademien blieben. Die statuarische oder wenigstens praktische Ausgrenzung von Disziplinen oder Disziplinengruppen war seither immer eine Achillesferse von Akademien, und halbherzige Versuche, hier Abhilfe zu schaffen (wie etwa mit der Einrichtung einiger Technikerstellen an der Berliner Akademie um die Jahrhundertwende) (12), machten das Defizit nur noch deutlicher. Wollte man unter diesen Umständen immer noch darauf bestehen, daß Akademien die Wissenschaft als ganze uni-

versal zu vertreten hätten, dann müßten dafür im geltenden Wissenschaftsverständnis geeignete Legitimationen gesucht oder geschaffen werden. Der Weg, der zur Bewältigung dieses Problems präferiert wurde, war die hierarchische Einteilung der Wissenschaften in grundlegende (fundamentale) und nicht-grundlegende, die ihrem kognitiven Status nach von den ersteren abgeleitet sein sollten; diese Scheidung war weniger auf theoriefundierte Klassifikationen gestützt als vielmehr unreflektiertes Moment des wissenschaftlichen Alltagsbewußtseins, aber deshalb hielt sie sich nur um so hartnäckiger. Häufig wurden auch noch die Prädikate "nicht-grundlegend" und "angewandt" identifiziert, obwohl sie unterschiedliche Richtungen der Spezifikation von Wissen bezeichnen, so daß die Akademiewürdigkeit praxisbezogener Wissenschaftsgebiete ständig in Zweifel stand. Generell war unterstellt, daß eine Akademie, wenn sie sich mit den "grundlegenden" Disziplinen befaßte, über die zu diesen bestehende kognitive Abhängigkeitsbeziehung auch die nicht-grundlegenden automatisch mit im Blick hatte und so ungeachtet eingeschränkter personeller Repräsentanz des Disziplinenensembles der akademische Universalitätsanspruch dennoch nicht aufgegeben zu werden brauchte.

Die hier skizzierte Position war indes schwach und leicht kritisierbar. In dem Maße, in dem ein Wissenschaftsgebiet fundamentalen Status annahm, bildete es in sich selbst eine Schichtung von "Fundamentalem" und "Angewandtem" aus, und zwar überall, auch in den praxis- und insbesondere techniknahen Zweigen. Das "Fundamentale" war das theoretische und methodische Rückgrat, das eine Disziplin zusammenhielt, das "Angewandte" der vielgestaltige Bereich, in dem empirische Phänomene mit Hilfe jenes Gerüstes exploriert, erklärt oder konstruiert wurden, darunter auch solche, die für praktische Zwecke von Belang waren. So war gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr zu bestreiten, daß auch die technischen Wissenschaften Grundlagenbereiche hatten, die spezifisch technikwissenschaftlichen Charakter aufwiesen und nicht einfach mit jenen naturwissenschaftlichen Disziplinen identisch waren, auf die sie zurückgriffen (13).

Wenn man unter diesen Bedingungen die Wissenschaften nun immer noch in grundlegende und nicht-grundlegende gliedern wollte, dann war das am ehesten mit Hilfe eines fundamentalontologischen Prinzips möglich, das im Sein selbst Schichten unterschied. In jener Variante des Marxismus, die in der frühen DDR (zumindest im theoretischen Umgang mit der Naturwissenschaft) bevorzugt wurde, war ein solches fundamentalontologisches Prinzip die Einteilung der "Bewegungsformen der Materie" nach F.Engels, wobei die "höheren" strukturell Komposita aus Elementen niederer Niveaus darstellen und zugleich in einem realen kosmischen Entwicklungsprozeß genetisch aus

diesen hervorgegangen sein sollten. Weithin verbreitet, auch außerhalb des Marxismus, war die Überzeugung, die Physik sei die Grundlage aller Wissenschaften, weil sie sich mit der elementaren Basisschicht der Materie befasse. In methodologischer Wendung entsprach dem das Postulat, die klassische Physik (oder allgemeiner: die Naturwissenschaft) sei das verbindliche Paradigma der Wissenschaftlichkeit. Andere Erfahrungsbereiche würden nur in dem Maße in die Sphäre der Wissenschaft einbezogen, in dem jenes paradigmatische Vorgehen - Betrachtung des jeweiligen Gegenstandes unter der Form des bloßen Objekts, messende Empirie, mathematische Bearbeitung der Daten, Auffinden objektiver Gesetze - auch dort realisiert wird.

Die "fundamentalistische" Sicht stellt jedoch ein sehr einseitiges und im Grunde obsoletes Bild der Wissenschaft dar. Betrachtet man die Wissenschaften nicht als Instanzen, die über die Welt an sich unbedingte Auskünfte geben, als wären sie in einer transzendenten Sphäre angesiedelt, sondern als Modi des theoretischen oder theoriebezogenen Verhaltens des Menschen zur Welt, dann verschwindet jegliche kognitive Privilegierung irgendeiner Disziplinengruppe, insbesondere der Physik oder der Naturwissenschaften überhaupt (14). Im Grunde hat die Akademie schon in ihren Ursprüngen, als sie neben den Wissenschaften von der Natur auch die Wissenschaften vom Menschen aufnahm, ein "nichtfundamentalistisches" Prinzip institutionalisiert, denn keine der beiden Disziplinengruppen ist im Vergleich mit der anderen die grundlegendere, keine ist auf die andere reduzierbar. Das ist kein schlichtes Toleranzpostulat, um Rangstreitigkeiten aus dem Weg zu gehen, sondern die erkenntnistheoretisch begründbare Anerkennung der zwischen beiden in ihrem Zugriff auf die Realität bestehenden Unterschiede.

So viel die Wissenschaften vom Menschen unstreitig von den Naturwissenschaften gelernt und übernommen haben und dies auch weiterhin tun - überall dort, wo sie mit dem geistigen Dasein des Menschen zu tun haben (und unter Absehen davon wäre die Spezifik des Menschseins nirgends faßbar), da müssen sie auf geisteswissenschaftliche Art vorgehen (15). Der hermeneutische Zugriff ist hier irreduzibel; keinerlei "objektive Methode" kann dem Forscher ersparen, teilnehmend und kommunizierend zu verstehen, was Menschen vor ihm geschrieben haben - und alle objektivierenden Verfahren, die er dabei anwenden kann, sind demgegenüber sekundär und dienen dazu, das Verstehen zu disziplinieren und das dabei mögliche Belieben zurückzudrängen; ersetzen können sie es nicht. Wenn es um die Erforschung des Menschen und seiner Kultur geht, dann hat die Analogie zu den Forschungsmethoden der Naturwissenschaften, deren Beruf es ist, eine sprachlose Realität unserer Erkenntnis verfügbar zu machen, ihre Grenzen. Es dürfte heute weithin akzeptiert werden, wenn man die Wissenschaften von der Natur und die Wissen-

schaften vom Menschen als selbständige, gleichberechtigte Wissenschaftstypen kennzeichnet. Konsequenterweise müßte man dann auch weitere Wissenschaftstypen anerkennen, die auf keinen dieser beiden reduzierbar sind und je eigene Formen von Fundamentalität ausprägen, beispielsweise die mathematischen Wissenschaften oder die Technikwissenschaften.

3. Universalität versus kommunikative Überschaubarkeit: potentielle Diversifizierung der Akademien

Das Plenum einer akademischen Gelehrtengesellschaft kann - unabhängig davon, ob das Statut eine feste Mitgliederzahl vorschreibt oder nicht - nicht beliebig groß werden, wenn nicht der Vorzug der kommunikativen Überschaubarkeit verlorengehen und das aus Parlamenten bekannte Phänomen der schweigenden "Hinterbänkler".auftreten soll. Wenn es sich nun herausstellt. daß die Zahl der Wissenschaftsdisziplinen mit Fundamentalitätsanspruch größer ist als die Zahl der Personen, die in einer Akademie Aufnahme finden können, dann liegt auf der Hand, daß das weiter oben charakterisierte Universalitätspostulat für eine einzelne Akademie nicht mehr einlösbar ist. Dieser kritische Punkt scheint heute bereits überschritten zu sein. Polydisziplinarität ist möglich und wünschenswert, Universalität ist nicht mehr realisierbar. Es kann nicht mehr die universale Akademie geben, so wie es auch nicht mehr die universale Universität gibt (der ursprüngliche Sinn des Wortes bleibt auf der Strecke), auf der schlechthin alle Fächer vertreten sind und studiert werden können. Universalität ist dann, ähnlich wie bei den Universitäten, nur noch durch eine - gleichsam postmoderne - *Mehrzahl von Akademien* zu erreichen, in denen die Totalität der Wissenschaft in je unterschiedlichen (und vielleicht auch weitgehend dem Zufall überlassenen) polydisziplinären Kombinationen personell repräsentiert ist. Folgt man dieser Überlegung, dann hat man keine Schwierigkeit, in einer großen Wissenschaftsmetropole mehreren Akademien ein Lebensrecht zuzubilligen, wie es ja auch vielfach praktiziert und kaum mehr angefochten wird, daß es in einer solchen Metropole mehrere Universitäten gibt.

Die bereits weiter oben getroffene elementare Feststellung, daß die ursprüngliche und grundlegende Leistung von Akademien in der Gewährleistung von forschungsbezogener Kommunikation besteht, kann an dieser Stelle wieder aufgenommen und weitergeführt werden. Für wissenschaftliche Kommunikation gibt es die verschiedensten Foren. Lassen sich irgendwelche Spezifika nennen, die Akademien gegenüber anderen Kommunikationsgremien auszeichnen? Erst in Bezug auf solche eventuell vorhandenen Spezifika wird man sinnvoll von akademiespezifischer Forschung reden können. Das auffallendste Charakteristikum des akademischen Diskurses ist seine prinzipielle

Polydisziplinarität. Der Akademiker hat zwar - zumal in den Klassen - auch mit unmittelbaren Fachkollegen zu tun. Was aber die Akademie besonders auszeichnet, ist die Möglichkeit des Umgangs mit Fachfremden, mit Kollegen aus von der eigenen vielleicht sehr weit entfernten Disziplinen. Damit eine solche Kommunikation überhaupt zustandekommt, ist zweierlei verlangt: ein Nachgeben im Maßstab disziplinärer Strenge und Explizieren disziplinärer Selbstverständlichkeiten, die im Gespräch mit Kollegen des eigenen Faches gar nicht mehr erwähnt werden. Besonders das letztere kann für denjenigen, der sich dieser Mühe unterzieht, von erheblichem heuristischen Wert sein, denn die Sicherheiten, die Gewöhnung schaffent, können sich durchaus als trügerisch erweisen. Die beiden genannten Desiderate gelten im Prinzip auch für die Hinwendung zu einem Laienpublikum, doch in der akademischen Kommunikation, deren Teilnehmer sämtlich hochrangige Wissenschaftler sind, gibt es einen Laienstatus jeweils nur im Verhältnis zu bestimmten Disziplinen, nicht im Verhältnis zur Wissenschaft überhaupt. Daher lassen sich schon bestimmte Themenfelder benennen, für deren Behandlung der akademische Diskurs besonders geeignet ist. Auf der einen Seite sind es allgemeinwissenschaftliche Fragen, die mehr oder minder alle Disziplinen angehen, Fragen erkenntnistheoretischer, methodologischer, wissenschaftssoziologischer und wissenschaftsethischer Selbstreflexion, des sozialen Status und der sozialen Verantwortung der Wissenschaft, auf der anderen Seite neu aufkommende Probleme wissenschaftlichen oder praktischen Ursprungs, die in keine der bis dahin eingeführten disziplinären "Schubladen" passen, das Zusammenspiel verschiedener etablierter. Disziplinen auf bislang ungebahnten Wegen verlangen und eventuell zu Keimzellen für die Herausbildung neuer Gebiete werden können.

Der Mitgliederbestand von Akademien rekrutiert sich gewöhnlich aus Wissenschaftlern mit anerkannt guter Forschungsleistung. Akademien sind keine Orte für Neueinsteiger, sie verstehen sich als polydisziplinäre Diskursgemeinschaften, die die Wissenschaft ihrer Zeit auf einem hohen Niveau repräsentieren. Der Selektionsmechanismus der Zuwahl wirkt als Niveaugarantie, doch er schafft zugleich ein ernstzunehmendes Problem. In der Regel - und sie wird von Ausnahmen nur bestätigt - erfolgt die Zuwahl eines Wissenschaftlers erst dann, wenn ein wesentlicher Teil seiner Lebensleistung nicht nur vollbracht, sondern in der Fachwelt auch anerkannt ist, darüberhinaus häufig (je nach den Festlegungen des geltenden Status) auch erst dann, wenn eine Mitgliedsstelle oder gar eine passende disziplinäre Fachstelle frei ist. Zwischen vollbrachter Leistung und disziplinärer Anerkennung, zwischen Konsens über die Akademiewürdigkeit eines Kandidaten und Verfügbarkeit einer Stelle klaffen oft beträchtliche Zeitlücken, so daß eine Zuwahl erst gegen Ende des Berufslebens keine Seltenheit darstellt. Daher neigen Akade-

des Generationswechsels in der Wissenschaft mit ihren produktiven Konflikten, wie man sie an einer Universität unmittelbar erfährt, von sich fernzuhalten. Darin liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr möglicher Erstarrung, die durch ein reges wissenschaftliches Leben verdeckt wird. In Akademien wird anspruchsvoll debattiert, doch es sind gewöhnlich die Themen ihrer Mitgliedergeneration, die zur Verhandlung stehen. Die Herausgeber des 1930 erschienenen repräsentativen Übersichtswerkes "Forschungsinstitute" - Ludolf Brauer, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Adolf Meyer(-Abich) - schrieben in ihrem Vorwort: "Im Laufe der Zeit traten die Akademien unter der übermächtigen Entwicklung der Hochschulen mehr und mehr in den Hintergrund. Es fehlte ihnen vielfach der jugendliche Nachwuchs. Eine Verjüngung derselben wäre aber besonders in jetziger Zeit zu erhoffen, um der dringend nötigen lebhafteren Einstellung gegenüber der fortschreitenden geistigen Entwcklung unserer Zeit zu entsprechen..." (16). Wenn es zutrifft, daß Wissenschaftler ihre zukunftsträchtigsten Ideen mit größter Wahrscheinlichkeit vor Vollendung des vierzigsten Lebensjahres haben, dann vollziehen sich Geburt und Selbstbehauptung wesentlich neuer Ansätze in der Wissenschaft aus strukturellen Gründen weitgehend außerhalb der Akademien. Deshalb können Akademien schon sehr viel für die Wissenschaftsentwicklung tun, wenn sie solche Ansätze relativ früh erkennen, tolerant annehmen und sich mit ihrer Autorität dafür aussprechen, ihnen institutionelle Chancen zu gewähren; in der Berliner Akademie beispielsweise war es in früherer Zeit keine Seltenheit, daß Akademiemitglieder Abhandlungen aus der Feder aussichtsreicher junger Wissenschaftler im akademischen Kreis vortrugen und sich so zu deren Sprechern machten. Nichtsdestoweniger werden die Akademien durch ihre strukturelle Distanz zu den Embryonalstadien kognitiver Innovationen im Strom der Wissenschaftsentwicklung tendenziell marginalisiert. Der sicherste Weg, dieser Tendenz entgegenzuwirken, bestände in einer Änderung der Zuwahlpolitik derart, daß sich unter den Akademiemitgliedern stets ein beträchtlicher Anteil von jungen Wissenschaftlern in den Dreißigern befindet; das ist freilich nur möglich, wenn die Akademien davon abgehen, die Mitgliedschaft im wesentlichen als Anerkennung für in den Grundzügen fertige Lebensleistungen zu verleihen.

4. Der polydisziplinäre Diskurs als Auslöser akademiespezifischer Forschung

Wir können nun die Frage erneut aufgreifen, ob es Typen von Forschungen geben könnte, die durch ihre inhaltliche Verknüpfung mit dem akademischen Diskurs in ein für sie besonders günstiges geistiges Klima geraten und dadurch exzeptionell gefördert würden. Gemeint ist damit nicht - ich wiederhole

es - die Forschungstätigkeit der Akademiemitglieder selbst, die sie kraft ihrer beruflichen Zugehörigkeit zu anderen wissenschaftlichen Institutionen oder auch als Privatiers ausüben, sondern die reguläre Zuordnung von Forschungskapazitäten zu akademischen Gelehrtengesellschaften, die für befristete oder unbefristete Zeiträume erfolgen kann. In der DDR, ähnlich wie auch in der UdSSR, war Grundlagenforschung - teilweise in institutionell ausdifferenzierter Verbindung mit angewandter Forschung - in großem Umfang an Akademien etabliert worden. Dabei handelte es sich überwiegend um Grundlagenforschung vom üblichen, regulären Typus, die im Rahmen einzelner Disziplinen oder in Verbänden benachbarter und traditionell korrelierter Fachgebiete stattfand. Wie man in Vergleichen sieht, sind derartige Forschungen ohne weiteres auch in Organisationen von der Art der Max-Planck-Gesellschaft oder in noch lockerer organisierten Verbünden wie den Blaue-Liste-Instituten möglich, ohne daß besondere Vorzüge der akademischen Anbindung erkennbar wären. Bestenfalls wird man vielleicht sagen können, sie könnten ebensogut im akademischen Kontext wie in anderen Formen institutionalisiert werden.

Eine sehr viel ältere Form akademischer Forschung sind die großen Sammelunternehmen, wie sie, beginnend mit Boeckhs griechischem Inschriftenwerk, in Berlin während des vergangenen Jahrhunderts zahlreich begründet worden sind. Sie standen unter der wissenschaftlichen Oberaufsicht von Kommissionen, die von der Akademie eingesetzt worden waren, und partizipierten insofern durchaus an der Kompetenz der Gelehrtengesellschaft. Es ist nicht ohne weiteres möglich, diese Unternehmungen, die ganz unterschiedlich angelegt waren, einem bestimmten Forschungstypus zuzuordnen. In der Regel waren sie auf den Enthusiasmus vieler freiwilliger Mitarbeiter an verschiedenen Orten angewiesen; es war ganz undenkbar, daß die Akademie ihren realen Aufwand hätte finanzieren können. Aber die Akademie fungierte als inspirierendes und organisierendes Zentrum, und insofern waren diese Unternehmungen - zieht man die Zeit ihres erstmaligen Auftretens in der akademischen Arena in Betracht - eine wichtige Probe- und Keimform moderner Forschungsorganisation, geschaffen in einer Periode, in der es eigentliche Forschungsinstitute noch kaum gab. Inwieweit sie von den oben erörterten Eigenarten des akademischen Diskurses Nutzen zogen, wird man ohne detaillierte Untersuchung kaum sagen können. Insgesamt scheint es, daß sie jeweils auf einzelne Disziplinen, allenfalls auf kleine Gruppen verwandter Disziplinen bezogen waren; disziplinäre Grenzüberschreitung dürfte kaum ihr Prinzip gewesen sein. Als Derivate dieser Unternehmungen wird man jene noch heute betriebenen Langzeitvorhaben ansehen dürfen, mit denen bei den Akademien angestellte Wissenschaftler betraut sind und deren Gegenstand - im weitesten Sinne des Wortes - die jeweilige akademische Tradition selbst

ist - Akademiegeschichte, Editionen von Werken und Nachlässen bedeutender Akademiemitglieder usw. Diese Vorhaben sind gewiß akademiespezifisch insofern, als die Vergangenheit der Akademie ihre Sujets liefert, aber sie lassen sich schwerlich als ein besonderer Forschungstyp charakterisieren, denn jede bedeutende Wissenschaftsinstitution könnte sich in vergleichbarer Weise ihrer eigenen Geschichte zuwenden, und vor allem Universitäten - wenigstens unter dem Druck von Jubiläen - pflegen dies auch zu tun.

Es bleibt also weiterhin zu bedenken, welche Forschungen in unverwechselbarer Weise an die Eigenart des akademischen Diskurses anknüpfen könnten; die eben genannten Formen sind es jedenfalls nicht. Nach meiner Auffassung könnte hier die Frage weiterhelfen, inwieweit Wissenschaft heute noch ein Ganzes ist und als solches in der öffentlichen Wahrnehmung in Erscheinung tritt. Wer nur ihre disziplinäre Daseinsweise im Auge hat, könnte leicht zu der Ansicht gelangen, der Terminus "Wissenschaft" sei nichts weiter als ein konventioneller Sammelname für die Menge aller Disziplinen, von Ganzheit könne keine Rede sein. Gewiß ist eine theoretische Generalsynthese weder vorhanden noch in Sicht, vermutlich auch nicht erstrebenswert und nicht möglich. Nichtsdestoweniger ist die Ganzheit der Wissenschaft auch heute eine Realität - keine theoretische, wohl aber eine diskursive, und der akademische Diskurs, sofern er seine unersetzliche Eigenart voll ausbildet, kann als eine der ausgeprägtesten Erscheinungsformen dieser Realität angesehen werden.

Was kann aus diesem Diskurs über die disziplinären Beiträge hinaus, die ihre Begründung und Rechtfertigung mit den ausgefeiltesten methodischen Mitteln der einzelnen Disziplinen erfahren, an Erkenntnis hervorgehen? Offenbar kann solche Erkenntnis, soweit sie überhaupt möglich ist, nicht die Stabilität und Exaktheit geprüften disziplinären Wissens haben. Aber zwischen dem exakten disziplinären Wissen und dem Nichtwissen erstreckt sich eine breite Übergangszone schwächer konturierter Erkenntnis, deren die Gesellschaft zur ungefähren Orientierung des ununterbrochen zu vollziehenden und hochgradig unbestimmten Übergangs von der Gegenwart in die Zukunft um so dringlicher bedarf, je komplexer und dynamischer sie ist. In neuerer Zeit hat sich für diese Schicht der Erkenntnis der Terminus "*Orientierungswissen*" eingebürgert. So hieß es zu den Leitvorstellungen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung im Bundesforschungsbericht 1984 unter anderem: "Die ursprüngliche emanzipatorische Funktion der Forschung ist in unserer freiheitlichen Gesellschaft allmählich in den Hintergrund getreten, obwohl Mythen - in säkularisiertem Gewand -, Ideologien und Halbwissen keineswegs verschwunden sind. Um so wichtiger... ist die Forschung für die heutige Gesellschaft und auch für den einzelnen als Quelle von kultu-

rellem (z.B. historischem), wirtschaftlichem und sozialem *Orientierungswissen*, mit allen Irrtümern, die ein nie wirklich endender Forschungsprozeß mit sich bringt. In einem engeren Sinn sind unter Orientierungswissen Hilfen der Wissenschaft für die gedankliche Durchdringung heutiger gesellschaftlicher Probleme als Vorbedingung für sachgemäße, möglichst widerspruchsfreie Problemlösungen zu verstehen, bis hin zur Technikfolgenabschätzung" (17). Die Wissenschaft kann sich natürlich vornehm von dieser Sphäre zurückhalten; jeder kennt Situationen, in denen Wissenschaftler, stolz auf das von ihnen souverän beherrschte komplizierte methodische Instrumentarium ihrer Disziplin, zu solchen Fragen erklären, sie könnten dazu nichts sagen, dies sei Philosophie und keine Wissenschaft. Die Konsequenzen dieses wissenschaftlichen Purismus sind zweifach.

Für die Gesellschaft bedeuten sie, daß diese Sphäre der Erkenntnis - die ja angesichts ihrer funktionellen Unentbehrlichkeit keineswegs ausstirbt, wenn sich die Wissenschaft ihr versagt - ganz und gar der Ideologieproduktion von Interessentengruppen außerhalb der Wissenschaft überlassen bleibt, und das heißt, daß die hier generierten Ansichten jedenfalls weniger verläßlich und fundiert sind, als sie bei engagierter Teilnahme der Wissenschaftler sein könnten. Zugespitzt gesagt: In die Räume, die die Wissenschaft kampflos aufgibt, ziehen Scientologie und Esoterik ein. Man darf nicht vergessen, daß sich die Politik, die den Übergang in eine ungewisse Zukunft gesellschaftlich vermitteln muß, nur aus dem Ideenpool des Orientierungswissens bedienen kann, der tatsächlich vorhanden ist (18).

Für die Wissenschaft bedeutet die Teilnahme an der Produktion von Orientierungswissen, daß sie sich in weit höherem Grade auf das Risiko der Fehlbarkeit einläßt, als sie es mit dem generell hypothetischen Status ihres theoretischen Wissens auf anerkannte und methodisch kontrollierte Weise ohnehin tut. Der konservative Ausweg wäre, dieses Risiko überhaupt zu meiden. Es ist einsichtig, daß viele Wissenschaftler diesen Weg zu gehen suchen, weil er mit dem tief eingewurzelten Grundkanon der Wissenschaftlichkeit harmoniert. Aber dieser Kanon entstammt einer Zeit, in der die Gesellschaftsentwicklung nur in geringem Maße wissenschaftsabhängig war. Ihm auch heute unverändert zu folgen ist äquivalent damit, daß sich die Wissenschaft dem bekannten Phänomen der gesellschaftlichen Ambivalenz ihrer "harten" Resultate ungeschützt aussetzt. Das exakte Wissen generiert Techniken und technikanaloge Routinen des menschlichen Handelns, die an sich wertneutral sind und gerade deshalb im Prinzip gleichermaßen für ethisch vortreffliche wie für ethisch bedenkliche Zwecke eingesetzt werden können. Wenn sich Wissenschaftler auch zu den Zwecken äußern und mögliche Folgen bestehender oder denkbarer Situationen erörtern, dann verlassen sie naturgemäß

die Sphäre wertfreier Neutralität, denken über geltende Werte nach, reflektieren selbst werthaft und entfernen sich so in der Sicherheit ihrer Urteile weit von den Standards, die für die Produktion exakten Wissens gelten. Dennoch ist das, was von Seiten der Wissenschaft dazu gesagt werden kann, in der Regel immer noch bedeutend verläßlicher als die Erwägungen, die außerhalb wissenschaftlicher Kreise angestellt werden und deren Autoren sowohl die methodischen Skrupel als auch die Scheu im Zugriff auf die Massenmedien, die Wissenschaftler im allgemeinen auszeichnen, meist sehr fern liegen. Wissen dieser Art, das sich im Vorfeld des exakt Begründbaren bewegt, ist am ehesten dadurch zu validieren, daß die betreffenden Themen aus der Sicht möglichst vieler verschiedener disziplinärer Kompetenzen erwogen werden. Mit anderen Worten: Der polydisziplinäre akademische Diskurs ist der ideale Ort, um auf verantwortungsbewußte Weise Orientierungswissen zu produzieren, das zu den großen Lebensfragen von Gesellschaft und Wissenschaft Stellung bezieht. Die Gestalt dieses Wissens ist am ehesten als *Übergangsform von Theorie und philosophischer Reflexion* zu beschreiben. Es gerinnt nicht zu sicheren Rezepten, sondern ist Empfehlung und Material zum Nachdenken, das sich an Wissenschaftler aller Disziplinen, an politische Akteure der verschiedensten Lager und überhaupt an Menschen wachen Sinnes wendet, die ihre Zeit für zu problemgeladen halten, um gedankenlos in den Tag hineinleben zu wollen.

Zu diesem Problemkreis, dessen Konturen sich keineswegs so klar angeben lassen wie die Gegenstände der etablierten Disziplinen, gehören im Grunde alle möglichen Variationen zum Generalthema "Wissenschaft und Menschheit". Es ist nicht besonders schmeichelhaft für die Akademien, daß nicht sie die Vorreiter bei der Erörterung der globalökologischen Problematik waren - einer Problematik von schicksalhafter Dimension, für deren Behandlung mehr als zwei Jahrzehnte entscheidende Impulse vom Club of Rome ausgingen und die nun zumindest in Teilabschnitten so weit ausgereift ist, daß sie an "normale", fest strukturierte Forschungsinstitute überwiesen werden kann. Dieses Themengebiet, zu dessen Bearbeitung die (ohne Computertechnik gar nicht denkbaren) methodischen Instrumente des globalen Monitoring und der globalen Modellierung entwickelt worden sind, ist insgesamt instruktiv für die Kennzeichnung des hier intendierten Forschungstyps (19). Es geht dabei nämlich keineswegs nur um den Meinungsaustausch hochklassiger Expertenteams, sondern auch um die Ausführung teilweise sehr aufwendiger empirischer Arbeiten, deren Problemstellungen sich aus dem Expertendiskurs ergeben und deren Problemlösungen wieder in ihn einfließen. Wenn sich eine Akademie solcher Themen annimmt, dann müßte sie auch die Möglichkeit haben, dazu Forschungskapazitäten im jeweils benötigten Umfang und für die benötigte Zeit zu bilden. Denkbar ist durchaus eine Arbeitsweise von Aka-

demien, die sich im wesentlichen auf solche problembezogen für begrenzte Zeiträume geschaffenen Forschungspotentiale stützt. Solche Potentiale müßten nicht notwendig in jedem Fall wieder aufgelöst werden, sondern könnten, falls ihre Arbeit in stabile protodisziplinäre Bahnen mündet, in einem bestimmten Reifestadium aus der akademischen Forschungsgemeinschaft ausscheiden und in einen anderen universitären oder außeruniversitären organisatorischen Kontext überführt werden. Damit dies denkmöglich wird, müßte man freilich das ganze wissenschaftliche Institutionennetz in einer Art Humboldtscher Gesamtperspektive sehen, statt überwiegend aus institutionsegoistischer Sicht zu urteilen.

Eng verwandt mit den globalen Themen sind Arbeiten mit Assessment-Profil, deren Prototyp die heute weithin anerkannte Technikfolgenabschätzung war. Jedes bedeutende Feld gesellschaftlicher Innovation bedarf prospektiv, begleitend und retrospektiv des Abtastens auf seine Haupt- und Nebenwirkungen, seine unmittelbaren und seine langfristigen Folgen, seine direkten und seine indirekten Effekte. Es gibt wohl kaum ein Gebiet des zeitgenössischen Wissens, das davon nicht berührt wäre. Solche zwar mit großer Leidenschaft, aber bedauerlicherweise vorwiegend außerhalb des akademischen Raumes diskutierten Felder wie "Gentechnik und Gesellschaft" oder "Folgen der Mediatisierung und Computerisierung der menschlichen Lebensweise" veranschaulichen dies sofort, doch es wäre Aufgabe des akademischen Diskurses, Probleme dieser Art nicht erst dann aufzugreifen, wenn sie in den Schlagzeilen sind, sondern sie bereits zu diagnostizieren, wenn sie sich, von der Öffentlichkeit unbemerkt, gerade erst andeuten, und erste Maßnahmen zu ihrer wissenschaftlichen Durchleuchtung zu veranlassen.

Eine weitere Gruppe von Themen, die an Akademien einen günstigen Ort der Erwägung finden, betrifft "Wachstumszonen", die sich an Grenzflächen innerhalb des Gefüges der etablierten Disziplinen eröffnen.(20) Von den bisher angedeuteten Feldern, die von der Praxis des gesellschaftlichen Lebens nahegelegt werden, unterscheiden sie sich eher genetisch durch ihre innerwissenschaftliche Herkunft als inhaltlich. Wo Vertreter unterschiedlicher Disziplinen regelmäßig zusammenkommen und durch die Kontinuität des akademischen Lebens miteinander hinreichend vertraut sind, sollte es leichtfallen, aufkommende Themen zu identifizieren, die sich nicht in herkömmliche disziplinäre Schubladen zwängen und daher im etablierten Institutionennetz nicht angemessen unterbringen lassen. Manche von ihnen könnten sich dabei als Embryonen werdender Disziplinen erweisen. Akademien müßten die Möglichkeit haben, solche Gebiete, deren Perspektiven in der Frühphase niemand sicher abschätzen kann, durch die Bildung von Arbeitsgruppen mit unkonventioneller polydisziplinärer Zusammensetzung probeweise zu in-

stitutionalisieren. Diese interessante Intention wurde seinerzeit mit der Gründung der Westberliner Akademie der Wissenschaften verfolgt; es steht zu erwarten, daß die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften dieses Arbeitsprinzip zumindest in gewissem Maße übernehmen wird. Schon 1930 gab es Befürworter einer solchen Arbeitsweise der Akademien: "Die Akademien sollten es sich vorbehalten, Gelehrtengruppen zu zusammenhängenden Forschungsaufgaben heranzuziehen, weitschauende Probleme aufzunehmen und durch Gemeinschaftsarbeit zu fördern. Sie sollten ferner die Erfüllung von Aufgaben durchsetzen, die für das Ansehen des Volkes Bedeutung haben" (21).

Selten bietet die Geschichte der Wissenschaft so deutliche Lehren dar, wie es hier der Fall ist. Die größte Innovationsschwäche des insgesamt erfolgreichen deutschen Systems der Wissenschaftsorganisation besteht seit dem vorigen Jahrhundert darin, daß leitende Positionen vorwiegend an herausragende Vertreter *etablierter Gebiete* vergeben werden; gerade solche Persönlichkeiten sind es auch, die man mit der Bildung neuer Einrichtungen zu betrauen pflegt. *Aufkommende Gebiete*, die noch nicht allgemein anerkannt sind, setzen sich daher schwer durch, sie erhalten viel zu spät Ordinariate und Forschungsinstitute; die Konkurrenz um die stets knappen Wissenschaftsmittel, in der die Etablierten aus den verschiedensten Gründen bevorteilt sind, tut ein übriges, die Chancen der Neulinge zu drücken. Dabei werden systematisch Entwicklungsvorteile verschenkt. Normalerweise verursacht die frühe Etablierung eines gerade erst entstehenden Gebietes nur geringe Kosten; daher ist auch im Mißerfolgsfall das finanzielle Risiko vergleichsweise gering, während im Erfolgsfall ein Vorsprung gewonnen werden kann, der von Späteinsteigern nur schwierig wettzumachen ist. Die in Deutschland realisierten Formen der Wissenschaftsorganisation (das möchte ich auch für die beiden deutschen Staaten in den Jahren der Spaltung behaupten) waren selten flexibel genug, um diesem einfachen Desiderat nachzukommen. Das Ordinarienprinzip der Universitäten, das Fachstellenprinzip der Akademien sind sinnfälliger Ausdruck dieses strukturellen Konservatismus. Zwei Beispielfälle, die schon lange Geschichte sind, mögen dies illustrieren. Sowohl in der Soziologie als auch in der Biochemie - zweier im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstandener Gebiete von, wie wir heute wissen, enormer Zukunftsbedeutung - waren die wissenschaftlichen Voraussetzungen im wilhelminischen Deutschland erstklassig; der hinhaltende Widerstand der etablierten Disziplinen gegen eine frühe und entschlossene Institutionalisierung dieser neuen Gebiete hat in so großem Maß Entwicklungsmöglichkeiten verspielt, daß auf beiden Feldern der Übergang der wissenschaftlichen Führung an die USA so gut wie unvermeidlich war. Akademien, deren Arbeit geradezu darauf angelegt wäre, das rezente Netz der wissenschaftlichen Diszi-

plinen wieder und wieder auf Keime neuer Gebiete zu durchmustern, könnten viel dazu beitragen, solche vermeidbaren Verluste zu minimieren.

Diese skizzenhafte Betrachtung (sorgfältigere Überlegungen würden zweifellos weitere einschlägige Arbeitsrichtungen namhaft machen) reicht nach meiner Ansicht bereits aus, um die Frage nach der Möglichkeit von Forschungen, die vom polydisziplinären akademischen Diskurs ausgehen und in dieser Bezugnahme einen idealen geistigen Nährboden finden, positiv zu beantworten. Der Gedanke der *Forschungsakademie* ist keineswegs obsolet, sondern aktueller denn je. Eine solche Akademie müßte unvergleichlich flexibler strukturiert sein, als es die Akademie der Wissenschaften der DDR gewesen ist, sie hätte ihr Betätigungsfeld betont an den geistigen Wachstumspunkten der Wissenschaft und im Bereich ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung, Rezeption und Regulation und würde sich damit selbst im entwicklungsintensiven, risikoreichen Vorfeld des Erkenntnisfortschritts placieren. Das wäre in der Tat eine nichttraditionelle Rolle für eine Akademie. Um sie sinnvoll auszufüllen, müßte sie vielleicht nicht unbedingt über feste Forschungsinstitute verfügen, wohl aber über die Möglichkeit, nach Bedarf zeitweilige Forschungseinrichtungen - gegebenenfalls von beträchtlichem Umfang - zu bilden und so lange zu behalten, wie sie sich in produktiver Wechselwirkung mit dem akademischen Diskurs entwickeln. Es versteht sich, daß eine solche Akademie bedeutend kostenaufwendiger als eine bloße Gelehrtengesellschaft wäre. In der unter strikten Sparzwängen leidenden Wissenschaftslandschaft des gegenwärtigen Deutschland sind die mittelfristigen Realisierungsaussichten für das angedeutete Akademieideal eher skeptisch zu beurteilen. Für die perspektivisch anstehende Wissenschaftsreform wären Forschungsakademien indes ein aussichtsreiches Desiderat.

Anmerkungen

(1) Liane Zeil: Die wissenschaftlichen Unternehmen der Berliner Akademie der Wissenschaften. In: Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien III. Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft. Kolloquien, H. 24. Berlin 1981, S.51 - 66.

(2) Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil II. Unter Mitwirkung des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Wolfgang Schlicker. Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR Bd. 2/II. Berlin 1975, S.297 - 307.

(3) Leibnizens Denkschrift in Bezug auf die Einrichtung einer Societas Scientiarum et Artium in Berlin vom 26.März 1700. In: Werner Hartkopf/Gert Wangermann: Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990. Heidelberg/Berlin/New York 1991. Dokument Nr.18, S.219.

(4) Renate Mayntz (unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolff): Deutsche Forschung im Einigungsprozeß: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, Bd.17. Frankfurt a.M. 1994.

(5) Charles Melies/Hansgünter Meyer: Transformation der Wissenschaft im Osten. Fusion - Filetierung - Integration - Neugründung? In: Wolfgang Richter (Hrsg.): Unfrieden in Deutschland. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet. Berlin 1993.

(6) Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Düsseldorf, 5.7.1991.

(7) Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) - Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik: Forschungsbericht (Abschlußbericht). Struktur und Funktionsweise der industrieorientierten Forschung an der Akademie der Wissenschaften unter den forschungspolitischen Bedingungen der DDR. Projektleiter: Werner Meske, Renate Mayntz. Berlin, Dezember 1993. Teil II: Die Akademie der Wissenschaften im Forschungssystem der DDR, S.43 - 46.

(8) Julius Schuster: Die wissenschaftliche Akademie als Geschichte und Problem. In: Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Hrsg. von Ludolf Brauer, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Adolf Meyer. Erster Band. Hamburg 1930, S.135.

(9) Timofej Ivanovic Rajnov: O tipe raznostoronnego ucenogo (1934). In: Iz istorii sociologii nauki: Sovetskij period 1917- 1935 gg. Hrsg. von Rose-Luise Winkler. Tjumen' 1992, S.104 - 139.

(10) Conrad Grau: Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg. Leipzig 1988, S.47.

(11) Hans-Peter Krüger: Kritik der kommunikativen Vernunft. Kommunikationsorientierte Wissenschaftsforschung im Streit mit Sohn-Rethel, Toulmin und Habermas. Berlin 1990; ders.: Perspektivenwechsel. Autopoiese, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich. Berlin 1993, S.187 - 254.

(12) Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil I. Unter Mitarbeit des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Conrad Grau. Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR Bd.2/I. Berlin 1975, S.129 - 130.

(13) Erkenntnismethoden in den Technikwissenschaften. Eine methodologische Analyse und philosophische Diskussion der Erkenntnisprozesse in den Technikwissenschaften. Hrsg. von Gerhard Banse und Helge Wendt. Berlin 1986, S.54 - 62.

(14) Hubert Laitko: Geschichte der Technikwissenschaften - ihr Eigenwert und ihre Bedeutung für die allgemeine Geschichte der Wissenschaft. Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften H.8(1989), 5.3 - 47.

(15) Karl Acham: Philosophie der Sozialwissenschaften. Freiburg/München 1983, 5.50 - 61.

(16) Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. A.a.0. Vorwort der Herausgeber, S.X.

(17) Zit. in: Rolf Kreibich: Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution. Frankfurt a.M. 1986, 5.451.

(18) Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M. 1986; Wolfgang Bonss/Rainer Hohlfeld/Regine Kollek: Risiko und Kontext. Zur Unsicherheit der Gentechnologie. In: Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 6. Frankfurt a.M. 1992, S.141 - 174; dies.: Wissenschaft als Kontext - Kontexte der Wissenschaft. Hamburg 1993.

(19) Alexander King/Bertrand Schneider: Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Frankfurt a.M. 1992; Doneila und Dennis Meadows/Jorgen Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart 1992.

(20) Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung neuer Forschungsrichtungen. Beiträge zum internationalen Symposium am 26. und 27.November 1986. Akademie der Wissenschaften der DDR. Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft. Kolloquien H.59. Berlin 1987.

(21) wie Anm. 16, S.X.

Johannes Irmscher

Organisationsformen der klassischen Altertumswissenschaft

Wenn von der Organisation der Wissenschaft und ihrer Optimierung die Rede sein soll, ist es schier unmöglich, die klassische, das heißt griechisch-römische Altertumswissenschaft außer acht zu lassen, und zwar aus einem doppelten Grunde.

Zum ersten entstanden in jenem griechisch-römischen Altertum Formen der Organisation wissenschaftlicher Arbeit, die aufs stärkste nachwirkten. Ich erinnere nur an die Platonische Akademie, die in ihrer mehr als neunhundertjährigen Existenz wahrhaft Kontinuität bewies, oder das von Aristoteles gegründete Lykeion, von dessen Effektivität das umfangreiche Corpus Aristotelicum Zeugnis gibt, oder an den Garten (Kepos) Epikurs oder an die Stoiker, benannt nach ihrem Versammlungsort, der Bunten Halle (Stoa poikile) am Markt zu Athen.

Der zweite Grund liegt darin, daß die Altertumswissenschaft, die namentlich in Renaissance und Klassik die Bildungsdisziplin par excellence darstellte, unter den Geisteswissenschaften die erste und über lange Zeiträume inhaltlich und methodisch die tonangebende war. In die Dreieinigkeit von Philologie, Archäologie und Althistorie gegliedert, erheischte sie eine Organisation, je umfänglicher sich die genannten Hauptdisziplinen expandierten und sich in ihrem Schoße eine Fülle von Spezialdisziplinen entwickelte. Am frühesten spürbar wurde dieses Erfordernis auf dem Gebiete der Archäologie. Sammlungen von Altertümern, und zwar zunächst ausschließlich von Zeugnissen antiker Kunst, entstanden seit der Renaissance, und die Kulturnationen und ihre Potentaten wetteiferten darin, möglichst große und möglichst reiche Museen zu unterhalten; ihre Quelle war vornehmlich der Kunsthandel. Weil das künstlerische Moment dominierte, waren die Leiter jener Sammlungen vielfach ausübende Künstler.

Diese Situation änderte sich jedoch im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts. Die Archäologie beschränkte ihre Aufmerksamkeit nicht mehr auf die klassischen Epochen, sondern bezog die gesamte materielle Kultur in ihr Arbeitsgebiet ein, und sie beschränkte sich auch nicht mehr auf die klassischen Länder, sondern widmete sich dem weitest verstandenen Orbis antiquus und wurde damit zu einer eminent historischen Disziplin. Auf solche Weise veränderte sich mit Notwendigkeit der Charakter des Sammelns und Bearbeitens; an die Stelle von Künstlern traten Gelehrte als Kustoden. Der Zufluß an

neuem Material kam in wachsendem Maße aus systematisch betriebenen Grabungen. Bei den Berliner Museen gab es vor dem Ersten Weltkrieg sogar einen speziellen Direktor für die Ausgrabungen im Orient, von denen die in Pergamon und Milet die spektakulärsten waren. Die politischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben auch die Organisation der archäologischen Feldarbeit verändert. In den meisten Ländern des Orbis antiquus und darüber hinaus sind staatliche archäologische Institute gebildet worden, denen zum einen die örtliche Bodendenkmalspflege und zum andern die Genehmigung und Koordinierung in- und ausländischer archäologischer Initiativen in den betreffenden Staaten obliegt. Diese Organisationsform hat sich im großen und ganzen bewährt und sichert den Schutz der Bodenfunde gemäß der jeweiligen nationalen Gesetzgebung. Neben diesen nationalen Instituten unterhalten zahlreiche europäische Länder sowie die USA in Athen, Rom und anderen kulturgeschichtlich wichtigen Orten eigene Institute, ausgestattet mit Forschungsbibliotheken und Unterkünften für wissenschaftlich arbeitende Gäste. Man mag in diesen Instituten Überreste eines Wissenschaftsimperialismus erblicken; Fakt ist jedenfalls, daß ihre Aktivitäten auf absehbare Zeit hin nicht zu entbehren sind, und das um so weniger, als ihre Tätigkeit in völliger Übereinstimmung mit den Einrichtungen des Gastlandes verläuft. Diese Institute unterstehen zumeist nicht den Unterrichtsverwaltungen der sie tragenden Länder, und das ist gut so. Denn wenn auch die leitenden Mitarbeiter dieser Forschungseinrichtungen zumeist als Honorarprofessoren an der akademischen Ausbildung teilnehmen, liegt doch ihre Hauptaufgabe in der kontinuierlichen Förderung der archäologischen Feldarbeit und der Publikation ihrer Ergebnisse („Eine Ausgrabung ohne Veröffentlichung ist nichts", bemerkte treffend der Berliner Altmeister archäologischer Organisation, Theodor Wiegand). Zu den hauptamtlichen Mitarbeitern, welche die Kontinuität sichern, treten Hilfskräfte mit befristeten Verträgen, Stipendiaten und Volontäre, Doktoranden und Habilitanden - ein System, das sich als zweckmäßig und effektiv erwiesen hat.

Haben sich für die Archäologie, auch im internationalen Maßstab betrachtet, Organisationsformen herausgebildet, die sich grundsätzlich bewährt haben und lediglich in Details gemäß dem allgemeinen Progreß jeweils zu verändern sind, so stehen die entsprechenden Formen in bezug auf Alte Geschichte und klassische Philologie noch in der Diskussion. Die Berliner Akademie spielte in dieser Beziehung eine Vorreiterrolle, und auf diese muß daher in gebotener Kürze eingegangen werden.

Als die Akademie zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts reorganisiert worden war, suchte sie nach einer ihre Mitglieder verbindenden Aufgabe und glaubte, diese in einer umfassenden Sammlung der altgriechischen Inschriften gefunden zu haben, welche ihr Mitglied August Boeckh vorbereitete. Das

Projekt in der vorgesehenen Form - natur- und geisteswissenschaftliche Mitglieder sollten sich sämtlich an der Sammelarbeit beteiligen - mußte scheitern; es blieb jedoch die gestellte Aufgabe, und in der Tat zählen die Korpora der griechischen und der lateinischen Inschriften - letzteres vor allem mit der Person und Leistung Theodor Mommsens verbunden - zu den Ruhmestiteln der Berliner Akademie. Mommsen sprach in diesem Zusammenhang vom Großbetrieb der Wissenschaft, den er expressis verbis neben den industriellen Großbetrieb rückte, und forderte die Akademien auf, die Leitung dieses Großbetriebs zu übernehmen. Bei der Realisierung solcher Ideen blieb Mommsen durchaus Realist, was die materiellen Anforderungen anlangte. Bei der Berliner Akademie wurden Kommissionen eingerichtet, die aus akademischen und außerakademischen Mitgliedern bestanden. Ihnen oblag die Leitung und Betreuung der jeweils übernommenen Aufgabe, etwa der Herausgabe der lateinischen Inschriften unter der Obhut Theodor Mommsens, der griechischen Inschriften unter der Leitung durch Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (durch diesen realistisch als geographische Teilsammlung gestaltet, neben den von ausländischen Institutionen bearbeiteten anderen geographischen Räumen) oder der Vorlage der Materialien zur vorkonstantinischen Kirchengeschichte durch Adolf Harnack, um nur einige markante Beispiele zu nennen. Die akademischen Unternehmungen hatten je einen wissenschaftlichen Beamten, der die Kontinuität verkörperte, und daneben auf begrenzte Zeit Angestellte mit befristetem Auftrag sowie Stipendiaten. Im übrigen aber stützten sie sich auf freie Mitarbeiter im In- und Auslande, zumeist Angehörige von Universitäten, aber auch Oberlehrer an Gymnasien, welche die einzelnen Editionen erstellten, die die Akademie koordinierte und zum Druck brachte. Dieser Arbeitsmodus hat sich, wie die Ergebnisse zeigten, als erfolgreich erwiesen - dank dem Umstande, daß die Mitarbeit an einem akademischen Korpus nicht nur von den Beteiligten, sondern auch von ihren Dienststellen als ehrenvoll angesehen und entsprechend gefördert wurde.

Mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg wurden selbstredend auch die überkommenen philologischen Traditionsunternehmen in ihren Arbeitsformen fortgesetzt, wobei sich freilich sehr bald zeigte, daß die einstigen Voraussetzungen weithin nicht mehr bestanden. Den wissenschaftlich arbeitenden Gymnasiallehrer gab es kaum noch, und wo es ihn gab, ließen ihm seine Aufsichtsbehörden höchst selten wirkliche Förderung zuteil werden; sie brauchten den Pädagogen, nicht den Gelehrten. Doch auch im Hochschulbereich waren die Editoren rar geworden, eine Monographie wurde eben mehr ästimiert als eine Editio critica und war entsprechend dem Fortkommen dienlicher. Die Internationalisierung des Mitarbeiterstabes mußte deshalb stärker vorangetrieben werden, und zwar durchaus zum Vorteil der Sache. Als die Akademie die Möglichkeit erhielt,

sich personell zu erweitern, wurde diese Chance auch für die Altertumswissenschaft genutzt; 1955 wurde das Institut für Griechisch-Römische Altertumskunde gegründet, das bis zu der sogenannten Akademiereform als selbständige Einrichtung bestand. Die Zusammenführung der altertumswissenschaftlichen Unternehmungen wirkte sich unzweifelhaft positiv aus, und als nicht minder positiv anzusehen war die Beibehaltung des Systems der auswärtigen freien Mitarbeiter. Unerläßlich scheint mir auch, daß prinzipiell an dem „Wissenschaftlichen Beamten und Professor" als Leiter der jeweiligen Unternehmung fesgehalten wurde; wenn die Berliner Akademie als internationales Zentrum beispielsweise der griechischen Epigraphik fungierte, so war es unerläßlich, daß eine anerkannte Persönlichkeit das entsprechende Korpus leitete, die über die Fortschritte des Spezialgebietes voll auf dem laufenden war und für entsprechende Auskünfte jederzeit zur Verfügung stand; im Interesse der Gewinnung von Nachwuchs sollte sie nebenamtlich am akademischen Unterricht teilhaben. Nur bedingt bewährt hat sich die unbefristete Festanstellung der jüngeren Mitarbeiter. Hier hätte durchaus eine gesunde Konkurrenz und eine entsprechende Fluktuation herrschen sollen, herbeigeführt durch auf den jeweiligen Arbeitsauftrag bezogene, befristete Anstellungen. Bei entspechender Bewährung müßte freilich die Möglichkeit bestehen, derartige Arbeitsverhältnisse zu verlängern und in unkündbare umzuwandeln. Das setzt indessen eine großzügige Bereitstellung von Mitteln voraus, die ein Kulturstaat auch für sogenannte Orchideenfächer zur Verfügung haben sollte. Videant consules...

Werner Scheler

Zur Kompatibilität von Akademie und Forschungsinstitution

Eines der Kernprobleme des Grau'schen Vortrages betrifft die Frage nach der *Kompatibilität von Akademie und Forschungsinstitution* im allgemeinen und in der früheren Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR im besonderen. Dazu ist aus historisch-analytischer Sicht gewiß manches zu sagen, unbestreitbar ist allerdings, daß die Akademie diese Kompatibilität praktiziert hat. Damit stellt sich nicht die Frage nach dem *Ob*, sondern nach dem *Wie* und nach den Determinanten und Bedingungen.

Für die Verbindung von Gelehrtengemeinschaft und Forschungsorganisation unter dem Dach *Akademie* wurde der Keim bereits mit der Satzung von 1946 gelegt: *"Sie* (die Akademie) *gründet und erhält Forschungsinstitute für bestimmte Forschungsaufgaben, die zum Wiederaufbau der geistigen wie materiellen Kultur Deutschlands notwendig erscheinen".*

Für diese Weichenstellung zur künftigen Akademieentwicklung scheinen nach verschiedenen Zeugnissen jener Zeit drei Momente in ihrer Einheit verantwortlich zu sein: *Erstens* galt es, die Forschung als eine wesentliche Basis für den Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau im zerstörten Land nach Kräften zu entwickeln. *Zweitens* ergab sich für die Akademie die einzigartige Chance, die tragende Leibnizsche Akademieidee *theoria cum praxi* in neuer Weise zu verwirklichen, zumal auch schon Harnack vorgeschlagen hatte, die akademische Gelehrtengesellschaft durch Forschungsinstitute zu ergänzen. *Drittens* korrespondierten diese Überlegungen mit den Erfahrungen der sowjetischen Akademie.

Bereits 1946 übernimmt die Akademie die ersten Forschungsinstitute. Ihre Zahl erhöht sich rasch. 1948/49 geht die Akademie erste Schritte, um mit bestimmten Forschungsarbeiten den Wirtschaftsaufbau zu unterstützen. Eine Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission in der Sowjetischen Besatzungszone vom 31. März 1949 bekräftigt: *"Mit Rücksicht auf die besonders große Bedeutung der Wissenschaft für die weitere Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft wird die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu einem leistungsfähigen Zentrum für die Forschungsarbeit umgestaltet".* Neben bestimmten Richtungen der Sozial- und Geisteswissenschaften wird mit Vorrang die naturwissenschaftliche und technische Forschung etabliert. Aufgaben und Rolle von Plenum und Klassen bleiben von diesem Prozeß nicht unberührt.

Der Aufbau der Institute und Arbeitsstellen erfolgt zunächst unter Leitung von Plenum und Klassen. Die Forschungseinrichtungen sind den Klassen zugeordnet und unterstellt. Mit dem Anwachsen des Potentials und der Leitungs- und Koordinierungsaufgaben beschließt im Februar 1951 die Akademie eine Änderung der Leitungsgeschäfte, sie gehen vom Plenum auf das Präsidium über. Von diesem Zeitpunkt ab gehört der Direktor der Akademie dem Präsidium an. Dieser faßt die Institute, Laboratorien, Kommissionen, Verwaltungen etc. unter seiner verantwortlichen Leitung zusammen. Damit beginnt eine *Dissoziation* zwischen wissenschaftlich-inhaltlicher Führung der Forschung durch die Klassen und der administrativen Regie der Forschungseinrichtungen durch den Direktor der Akademie.

Mit der Erweiterung und Differenzierung der Forschungsgebiete entstehen in Verbindung zu den Klassen ab 1951/52 *Sektionen* an der Akademie, die zugleich forschungs*koordinierende* Aufgaben innerhalb der DDR-Wissenschaft übernehmen. Bis Mitte der 50er Jahre betraut die Regierung der DDR die Akademie mit übergreifenden wissenschaftspolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Aufgaben. So wird in einer Orientierung der Regierung vom 18. Mai 1955 u. a. vorgesehen:

- daß die Akademie die großen, langfristigen Perspektiven für die einzelnen Zweige der Wissenschaft festlegt und so zum Zentrum der Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit in der Republik werden kann,
- daß sich das Präsidium in wissenschaftlichen Fragen zum beratenden Gremium des Ministerrates entwickeln soll,
- daß die Klassen und Sektionen zu Mittelpunkten der Forschung auf ihren Gebieten werden soll
- daß die Sektionen zur wissenschaftlichen Leitung ihres Fachgebietes innerhalb der DDR befähigt werden und die Koordinierung der Arbeiten aller wissenschaftlichen Institutionen des betreffenden Fachgebietes vornehmen sollen.

Zu den Aufgaben der *Gelehrtengemeinschaft und der Forschungsinstitution* gesellt sich somit ein *dritter Funktionskreis*, die *innerstaatliche Führung und Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung einschließlich der wissenschaftlichen Beratung der Regierung*. Zum Tragen kommen diese wissenschaftspolitischen Ansätze aber nur bedingt. Belege sprechen dafür, daß offensichtlich der statuarisch festgelegte *gesamtdeutsche Charakter* der Akademie, speziell der Gelehrtengesellschaft, der letztliche Grund dafür ist, in der zugespitzten Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten, Plenum und Klassen aus der Behandlung wissenschaftsstrategischer Fragen

und Konzeptionen der DDR-Forschung und -Wirtschaft herauszuhalten. So ist es nur folgerichtig, daß 1957 der Forschungsrat der DDR als Beratungsorgan der Regierung geschaffen und innerhalb der Akademie die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute zu einer Forschungsgemeinschaft zusammengeschlossen werden, die zu einem relativ eigenständigen Körper innerhalb der Akademie wird. Vorstand und Kuratorium der Forschungsgemeinschaft übernehmen die Ausrichtung und Koordinierung der einschlägigen Forschung. 1963 wird mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen ein analoger Schritt vollzogen. Damit gehen aber Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstitution(en) definitiv nicht nur in Fragen der Forschungsstrategie, sondern auch in Fragen der ökonomischen und organisatorischen Entwicklung der Akademie noch weiter auseinander.

Im Rahmen der internationalen Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und den Westmächten kommt es 1961 zur Schließung der Grenzen der DDR zu Westberlin. Mit diesem und weiteren Schritten ergeben sich auch für die Wissenschaft und Forschung neue Erfordernisse und Bedingungen. Mit der "Ordnung des Ministerrates über die zentrale Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der DDR" vom 18. Januar 1962 wird der letzte entscheidende Baustein zur staatlichen Zentralisierung der Forschungsplanung in der DDR gesetzt.

Im Zuge dieser ganzen Entwicklung gehen koordinierende und leitende Funktionen für die naturwissenschaftliche und technische Forschung der DDR von der Akademie auf die Organe des Forschungsrates der DDR und des Staatssekretariats für Forschung und Technik über. Unter ihrer Regie erfolgt die Ausarbeitung von Prognosen, erfolgt die Abfassung von *„Wissenschaftskonzeptionen"*, von *„Wissenschaftlich-technischen Konzeptionen"*, von *„Großforschungsvorhaben"*. Zu allen diesen Forschungsvorhaben werden „Auftragsleiter" eingesetzt, denen „Wissenschaftliche Räte" oder „Wissenschaftlich-ökonomische Räte" beiseitestehen. Die Auftragsleiter sind in bezug auf die Forschungsvorhaben den Direktoren der einbezogenen Institute und den Leitern der mitwirkenden Arbeitsgruppen gegenüber *weisungsberechtigt*. Damit sind aber das Plenum und die Klassen, wie im Prinzip auch das Präsidium und die Institutionsdirektoren, der *vollen eigenverantwortlichen* Führung der Akademieforschung enthoben. Die Trennung zwischen der Leitung der Forschung und der rechtlichen Zuständigkeit für die Institute führt zu Verwerfungen im Wissenschaftssystem. So kommt es 1972 zu einer Neuregelung für die Akademie- und Hochschulforschung, die wieder die Einheit von inhaltlicher und administrativer Verantwortung herstellt. Innerhalb der Akademie sind das Präsidium, die Forschungsbereiche und die

Institute für die Planung und Organisation der Forschung zuständig, die Gremien der Gelehrtengesellschaft bleiben indessen hiervon abgesondert. Bemerkenswertester Ausdruck dieser Entkopplung beider Säulen ist das Statut von 1969, das den Vorsitzenden der Klassen den Sitz im Präsidium versagt, ihn aber den Leitern der Forschungsbereiche einräumt.

Das wissenschaftliche Leben in Plenum und Klassen und die Tätigkeit der Forschungseinrichtungen laufen in den 60er und 70er Jahren im großen und ganzen nebeneinander her. Gewisse Klammern gibt es über personelle Verbindungen, indem die Akademiemitglieder vielfach den Instituten bzw. den Wissenschaftlichen Räten der Forschungsprogramme und Hauptforschungsrichtungen vorstehen oder angehören. Plenum und Klassen - ihrer Planungs-, Koordinierungs- und Berichtsaufgaben enthoben - widmen sich uneingeschränkt den Problemen und neuen Erkenntnissen der Wissenschaftsentwicklung und der Erörterung der Forschungsergebnisse ihrer Mitglieder. So besteht eine geistig anregende Koexistenz zwischen Gelehrtengemeinschaft und Forschungsinstitution ohne obligate organisatorische Verpflichtungen. Das bloße Nebeneinander beider Bereiche wird mit dem Statut von 1984 beendet. Die Vorsitzenden der Klassen werden *ex officio* wieder Mitglieder des Präsidiums. Sie vertreten die Anliegen der Klassen in der Arbeit des Präsidiums und nehmen an der Beratung und Beschlußfassung zu allen wesentlichen Dokumenten der Akademieforschung und der Gesamtentwicklung der Akademie teil. *Vice versa* legen sie Probleme der Gesamtakademie den Klassen vor. Die freie wissenschaftliche Diskussion in Plenum und Klassen und die Zweckgerichtetheit der Forschungsplanung in den Forschungsbereichen und Instituten erweisen sich als sinnvolle komplementäre Elemente innerhalb der Akademie.

Bewußt habe ich diesen wechselhaften Prozeß nur in seinen Grundzügen skizziert. Er reflektiert in gewisser Weise die äußeren politischen Bewegungen im Nachkriegseuropa, insbesondere in der Deutschlandpolitik, und die innere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Sie führen in ihrer Konsequenz zur schrittweisen Transformation der Akademie von einer gesamtdeutsch konzipierten wissenschaftlichen Institution zur zentralen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Staates DDR.

Die Akademie hat in nahezu viereinhalb Jahrzehnten unter den konkreten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegsjahre und während der Existenz der DDR den *Verbund von Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstitution* angemessen praktiziert. Diese Ehe hatte ihre hohen Zeiten wie auch ihre Spannungen. Die Akademie hat in dieser kombinierten Struktur ihren Beitrag für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt und für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR geleistet. Es er-

scheint mir müßig zu fragen, ob bei Trennung beider Säulen ihre innere Effizienz und ihre Wirksamkeit nach außen größer oder kleiner gewesen wären. Ein historisch adäquates *experimentum crucis* gibt es nicht, und der Vergleich zu Akademien und Nationalen Forschungsorganisationen anderer Länder scheitert an der Ungleichheit der konkreten politischen und sozialökonomischen Verhältnisse.

Hermann Klenner

Corollarium: Hegels Berliner Alternativ-Akademie

(mit einem Quellenanhang)

Unter den Mitgliedern der Akademie könne man zwei Arten unterscheiden, einen Teil, der den Ruf der Akademie, den anderen, dessen Ruf die Akademie machen soll - so heißt es jedenfalls bei Hegel, und wenn er damit auch die Bayerische Akademie der Wissenschaften gemeint hat, so läßt sich diese Boshaftigkeit getrost verallgemeinern, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu beschädigen. Was aber auch noch für jede Akademie gegolten hat: unter ihren Nichtmitgliedern sind - aus welchen Gründen auch immer - nicht weniger bedeutende Wissenschaftler zu finden wie unter ihren Mitgliedern. Hegel jedenfalls war, wie schon sein Vorgänger auf dem Philosophenlehrstuhl an Berlins Universität, Fichte (und anders als dessen Sohn Karl!), bei den Zuwahlen mehrfach durchgefallen, was Varnhagen von Ense einem engherzigen Koteriegeist der Akademie zuschrieb und als ewige Schande bezeichnete (2). Und dabei hatte Preußens zuständiger Minister Altenstein, als er den in badischen Diensten an Heidelbergs Universität lehrenden Hegel abwarb, diesem die Aufnahme in die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften als besoldetes Mitglied so gut wie versprochen (3).

Daß daraus nichts wurde, war vor allem den konzertierten Bemühungen der Akademie-Mitglieder Savigny und Schleiermacher geschuldet. Ein Jurist und ein Theologe verhinderten die Zuwahl eines Philosophen. Der wissenschaftliche Rang eines jeden der drei Universitätsprofessoren ist über jeden Zweifel erhaben und war es schon damals.

Hegel war wissenschaftlicher Gegner der beiden anderen. Bereits in seiner ersten in Berlin gehaltenen Vorlesungsstunde im Winterhalbjahr 1818/1819 hatte Hegel die Historische Rechtsschule (deren Oberhaupt Savigny war) attackiert, weil deren „geschichtliche Ansicht" das überkommene Feudalsystem und das dem deutschen Volk fremde römische Recht rechtfertige, obwohl doch dem Fortschritt und der Vernunft gemäß die Freiheit des Menschen und des Eigentums den Kampf gegen den bestehenden Rechtszustand verlange (4). In seinem im Oktober 1820 erschienenem Rechtsphilosophie-Lehrbuch hatte dann Hegel die Behauptung Savignys, daß Deutschland zur Zeit unfähig sei, ein löbliches Gesetzbuch hervorzubringen, als „einen der größten Schimpfe [bezeichnet], der einer Nation angetan werden könnte" (5). Mit wem er sich da einließ, wußte Hegel natürlich: Savigny war - als einziger

Professor! - seit seiner Gründung Mitglied des Preußischen Staatsrats, der höchsten beratenden Behörde der Krone.

Was nun Schleiermacher anlangt, so war da Hegel entschieden noch gröber. Hatte der Theologe das Wesen der Frömmigkeit als „schlechthinniges Abhängigkeitsgefühl von Gott" charakterisiert, so ließ der Philosoph sich zu folgender Blasphemie hinreißen: „Soll das Gefühl die Grundbestimmung des Wesens des Menschen ausmachen, so ist er dem Tiere gleichgesetzt, denn das Eigene des Tieres ist es, das, was seine Bestimmung ist, in dem Gefühle zu haben und dem Gefühle gemäß zu leben. Gründet sich die Religion im Menschen nur auf das Gefühl, so hat solches richtig keine weitere Bestimmung, als das Gefühl seiner Abhängigkeit zu sein, und so wäre der Hund der beste Christ, denn er trägt dieses am stärksten in sich, und lebt vornehmlich in diesem Gefühle. Auch Erlösungsgefühle hat der Hund, wenn seinem Hunger durch einen Knochen Befriedigung wird..." (6).

So weit, so gut, oder auch nicht. Jedenfalls hätte Schleiermacher (von Hegel gelegentlich im schönsten schwäbischen Dialekt "Herr Schläuermacher" genannt) lieber die ganze Akademie aufgelöst, als Hegel neben sich zu dulden (7), während Hegel sowohl diesen als auch Savigny neben sich durchaus geduldet hätte, vorausgesetzt, das wäre der Preis für seine eigene Akademiemitgliedschaft gewesen.

Hegel aber resignierte nicht. Er ließ sich, wie es Walter Markov genannt haben würde, „etwas einfallen". So lud er durch ein Zirkularschreiben zum 23. Juli 1826 fünfzehn Herren - darunter vier Mitglieder der Offizial-Akademie der Wissenschaften, nämlich den Philologen Philipp A. Boeckh, den Orientalisten Franz Bopp, den Mathematiker Enno H. Dirksen und den Geographen Karl Ritter - zu sich ein, „auf ein Glas Zuckerwasser", wie er seiner Frau zwei Tage später schrieb, „wovon sie doch keine Zeit gehabt, ein Glas zu trinken". An diesem Sonntag konstituierte sich also Am Kupfergraben 4 die „Societät für wissenschaftliche Kritik". Diese Berliner Alternativ-Akademie gliederte sich in drei Klassen: a) für Philosophie, Theologie, Rechts- und Staatswissenschaft; b) für Naturwissenschaften (einschließlich Mathematik und Medizin); c) für Geschichte, Philologie und Kunst. Jede dieser Klassen wählte ihren Sekretär; die vereinigten Klassen formierten das Plenum der „Societät", das wiederum den Generalsekretär wählte, der zusammen mit den drei Klassensekretären den Vorstand der Gesellschaft bildete. Zum ersten Generalsekretär der „Societät" wurde - ein weiterer Affront gegen den bekennenden Antisemiten Savigny (8) - der gegen dessen Widerstand frischberufene Juristenprofessor Eduard Gans gewählt, dem die „Societät" ihre Statuten (9) und die Nachwelt eine lebendige Schilderung des Stiftungsvorganges verdankt (10). Die Sitzungsprotokolle dieser „Societät" hingegen sind

verschollen. Immerhin ist in der Handschrift Varnhagen von Enses ein Verzeichnis der Teilnehmer an den mündlichen Beratungen und den literarischen Stellungnahmen erhalten geblieben, das mehr als 150 Persönlichkeiten des Geisteslebens in Deutschland umfaßt (11). Weder was die Quantität noch was die Qualität ihrer Mitglieder anlangt, brauchte sich Hegels Alternativ-Akademie vor Preußens Offizial-Akademie zu verstecken.

Dafür sorgten zusätzlich die von der „Societät für wissenschaftliche Kritik" dank der Initiative von Gans und der Risikobereitschaft von Cotta herausgegebenen „Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik", die von 1827 bis 1846 im Quartformat als Monatszeitschrift mit Jahrgangsregister erschienen (12). Mit ihnen konnte Hegel, der in der „Societät" selbst keine Funktion bekleidete und doch auch für Nichteingeweihte deren ungekröntes Oberhaupt war, einen seiner alten Pläne verwirklichen. Bereits kurz nach dem Jahrhundertbeginn hatte er von Jena aus mit Schelling ein „Kritisches Journal der Philosophie" (1802/1803) herausgegeben und geschrieben (13). Wenig später hatte er für eine in Heidelberg zu gründende Zeitschrift „Maximen des Journals der deutschen Literatur" verfaßt (14). In Berlin hatte er 1819/20 an Minister Altenstein eine Denkschrift „Über die Einrichtung einer kritischen Zeitschrift der Literatur" adressiert (15). Nun also hatte er endlich sein kritisches Journal, wobei Hegel eine Kritik, die nur auf ein negatives Resultat führt, für ein „trauriges Geschäft" hielt. Ihm kam es letztlich auf einen affirmativen Gehalt an, also auf eine Kritik als „Wegbereitung für den Einzug wahrer Philosophie" (16).

Auch wenn Hegel unter „wahrer Philosophie" gewiß vornehmlich seine eigene verstand und jedenfalls die Aufnahme seiner notorischen Gegner Savigny und Schleiermacher in die „Societät" zu verhindern wußte, so waren, um ein Beispiel zu nennen, unter den Autoren der in den „Jahrbüchern" insgesamt publizierten etwa 180 Rezensionen der Jurisprudenz zuzurechnender Werke sowohl Anhänger wie Gegner der von Hegel und Gans befehdeten Historischen Rechtsschule (17). Und unter den Teilnehmern am Werk der „Societät" betätigten sich neben Hegels Schülern auch Baader, Bessel, Biener, Boeckh, Creuzer, Goethe, Homeyer, Humboldt, Jacobi, Mackeldey, Nees von Esenbeck, Ritter, Schlegel, Thibaut, Trendelenburg und Welcker, alles andere als Hegels Mannen.

Gleichwohl teilten die „Jahrbücher" das Schicksal von Hegels Philosophie - oder, um es allgemeiner zu formulieren: der klassischen bürgerlichen Philosophie - in Deutschland. Wie es sich für eine kapitalistisch werdende Gesellschaft geziemt, zeigte sich das zunächst in den roten Zahlen, die die „Jahrbücher" schrieben. Deren Jahresabonnement kostete 12 Taler preußisches Courant bzw. 21 Gulden Reichsgeld, doch die Verkaufsauflage war nie höher als 400 Exemplare (18). So wandten sich denn bereits am 16. November

1826 die drei Klassensekretäre der vier Monate zuvor gebildeten „Societät" mit einer „untertänigen Vorstellung und Bitte" an Minister Altenstein: ähnlich wie dem Kunst-, dem Gewerbe- und dem Gartenverein möge man auch der „Societät" die für ihre Korrespondenz zu zahlenden Porti erlassen und gleichzeitig von den der Königlichen Bibliothek zum Buchankauf bewilligten Geldern eine gewisse Summe für die „Societät" abzweigen, die die dafür zu erwerbenden Bücher nach Gebrauch gegen Rückerstattung des Kaufpreises der Bibliothek abliefern würde (19).

Einen Monat später wandte sich dann der Generalsekretär der „Societät" Eduard Gans auf Anregung des Direktors der Unterrichtsabteilung im Ministerium nochmals an Minister Altenstein, um einigen Einwendungen zu entgegnen und eine zusätzliche finanzielle Beihilfe zu beantragen (20). Umgehend erbat Altenstein von Preußens König die Autorisation, der „Societät", einem Verein ausgezeichneter Männer und berühmter Gelehrter, des Allerhöchsten Schutzes versichern, Portofreiheit, Erleichterung bei der Bibliotheksbenutzung und viertausend Taler jährlich gewähren zu dürfen (21). Der König beschied seinen Minister und damit die „Societät" abschlägig: „Es wird Mir zur Zufriedenheit gereichen, wenn die Leistungen der Gesellschaft die Mir angezeigten Zwecke erfüllen, in welcher Erwartung Ich sie gern Meines Schutzes und Wohlwollens versichere" (22).

Auch wenn dann seit 1830 die „Jahrbücher" mit jährlich 800 Talern subventioniert, die Honorare auf 16 Taler je Druckbogen herabgesetzt und die Remuneration für die Klassensekretäre reduziert wurden, war dem Unternehmen kein finanzieller Erfolg beschieden. Wissenschaftlich aber war die Alternativ-Akademie jedenfalls produktiver als die Offizial-Akademie, auch wenn ihr nach dem Tode von Hegel (1831) und Gans (1839) die Stunde schlug: sie geriet zwischen die Mühlsteine von Reaktion und Revolution. Als der Spielraum zwischen der Zensur, der die „Jahrbücher" unterworfen waren und die die „Societät" bereits im November 1839 zu dem einstimmig gefaßten (dann wieder zurückgenommenen) Beschluß veranlaßte, die „Jahrbücher" eingehen zu lassen, und dem Radikalisierungsdruck, der von Freiheitsbewegten aller Sorten ausging, immer schmaler wurde, erschöpften sich zusehends die Kompromißmöglichkeiten. Während die „Hallischen [später: Deutschen] Jahrbücher" und das „Athenäum" sich immer offener gegen den Absolutismus formierten, und die Konservativen die von Anfang an mit viertausend Talern subventionierte „Janus"-Zeitschrift herauszugeben begannen, boten die „Jahrbücher" schließlich den Anblick einer standpunktlosen Anbiederungspolitik des dann amtierenden Generalsekretärs der „Societät" an die Reaktion, was wiederum zum Austritt vieler ihrer prominenten Mitglieder, nach zwanzig Jahrgängen schließlich 1847 zur Einstellung der „Jahrbücher" und zur Auflösung der „Societät" führte (23).

Hatte damit Ludwig Börne recht behalten, der von Anfang an die von der „Societät für wissenschaftliche Kritik" herausgegebenen „Jahrbücher" als eine Wolke am reinen Himmel der deutschen Wissenschaft bezeichnet und von letzterer behauptet hatte, daß sie nur noch in die Breite wachse, und, da sie täglich dicker und dicker werde, wohl zu besorgen sei, daß sie einmal in ihrem Lehnstuhl der Schlag rühren möchte, und daß sie das viele schöne Fett nur für die Würmer werde aufgehäuft haben? (24) Ein jegliches hat seine Zeit, heißt es bei Salomo (Pr 3,1). Es gibt jedenfalls Zeiten, da es höchsterforderlich ist, sich in Alternativen zu konstituieren, um versteinerte Verhältnisse zum Tanzen zu zwingen. Oder sollte man sich mit dem Existenten bescheiden und das historisch Mögliche auszuloten versäumen?

Anmerkungen

1) Johannes Hoffmeister (ed.), Briefe von und an Hegel, Bd 1, Berlin 1970, S. 179, 473 (Brief Hegels vom 8. August 1807 an Friedrich Immanuel Niethammer).

2) Karl August Varnhagen von Ense, Tagebücher, Bd. 1, Leipzig 1861, S. 169.

3) Vgl. Altensteins Brief an Hegel vom 18. März 1818, in: Hoffmeister [Anmerkung 1], Bd 2, S. 179, 495.

4) Hegel, Die Philosophie des Rechts (u.a. Mitschrift der Vorlesung vom 22. Oktober 1818), Stuttgart 1983, S. 206. Zur Hegel/Savigny-Kontroverse vgl. H. Klenner, Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin 1991, S. 141ff.

5) Friedrich Carl von Savigny, Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Heidelberg 1814, S. 49; Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1820), Berlin 1981, S. 243 (§ 211).

6) Friedrich D.E. Schleiermacher, Theologische Schriften, Berlin 1983, S. 352ff. (Der christliche Glaube nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche, 1821/22, §§ 8ff); Hegel, Sämtliche Werke (Jubiläumsausgabe), Bd 20, Stuttgart 1930, S. 19 (Vorrede zu Hinrichs Religionsphilosophie, 1822); Nicolin [Anmerkung 7], S. 221, 243, 258.

7) Vgl. Adolf Harnack, Geschichte der königlich-preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd 1/2, Berlin 1900, S. 733ff; Hoffmeister [Anmerkung 1], Bd 2, S. 448f., sowie Günther Nicolin, Hegel in Berichten seiner Zeitgenossen, Berlin 1971, S. 183, 284.

8) Savigny hatte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Berufung von Gans zum Juristenprofessor votiert und intrigiert. Vgl. H. Klenner/G.Oberkofler, "Zwei Savigny-Voten über Eduard Gans nebst Chronologie und Bibliographie", in:TOPOS 1 (1993) 123-148.

9) Abdruck der Statuten bei: Christoph Jamme, (ed.), Die "Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik", Stuttgart 1994, S. 88-92.

10) Vgl. Eduard Gans, Rückblicke auf Personen und Zustände, Berlin 1836, S. 215-256: "Die Stiftung der Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik", wiederabgedruckt bei Norbert Waszek, Eduard Gans: Hegelianer - Jude - Europäer (Texte und Dokumente), Frankfurt a.Main 1991, S. 107-127. Vgl. auch Hoffmeister [Anm. 1], Bd 3, S. 118, 390, 441.

11) Abdruck bei Jamme [Anm. 9], S. 174ff.

12) Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik (ed.: Societät für wissenschaftliche Kritik zu Berlin), Tübingen 1827-1833, Berlin 1834-1846; Nachdruck: Köln/Tokio 1992. - Vgl. Anm. 10 sowie Fritz Schlawe, "Die Berliner Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik", in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 11(1959) 240-258, 343-356; Friedrich Hogemann, "Die Entstehung der Societät und der Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik", in: Jamme [Anm. 9], S. 57-87.

13) Vgl. Hegel, Werke (Suhrkamp), Bd 2, Frankfurt a.M. 1974, S. 171-187; Schelling/Hegel, Kritisches Journal der Philosophie, Leipzig 1981.

14) Vgl. Hegel [Anm. 13], Bd 2, S. 568-574.

15) Vgl. Hegel, Gesammelte Werke, Bd 15, Hamburg 1990, S. 147-203.

16) Hegel, Werke [Anm. 13], Bd 2, S. 185; Bd 17, S. 386.

17) Vgl. das Verzeichnis der juristischen Rezensionen bei Joachim Rückert, "Jurisprudenz und wissenschaftliche Kritik in den Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik", in: Jamme [Anm. 9], S. 475-486.

18) Vgl. Sibylle Obenaus, "Berliner Allgemeine Literaturzeitung oder Hegelblatt? ", in: Jamme, [Anm. 9], S. 56 (1827:400; 1836: 365; 1846: 130).

19) Gans/Leo/Schultz, am 16. November 1826 an Altenstein, in: Geheimes Staatsarchiv Preußi scher Kulturbesitz, Berlin, Rep 76 V c, Section II, Tit 23, Lit. A, Nr. 12, Bl. 1-2 (abgedruckt im Anhang zum vorliegenden Artikel, Nr. 1).

20) Eduard Gans, am 21. Dezember 1826 an Altenstein, in: Geheimes Staatsarchiv [Anm. 19], Bl. 7-9 (abgedruckt im Anhang, Nr.2).

21) Altenstein, 30. Dezember 1826 an des Königs Majestät , in: Geheimes Staatsarchiv [Anm. 19], Hist. Abtlg. II, 2.2. 1. Nr. 20000, Bl. 1-4.

22) Friedrich Wilhelm III., 13. Februar 1827 an Altenstein, in: Geheimes Staatsarchiv [Anm. 19], Bl. 14 (abgedruckt im Anhang, Nr. 3).

23) Vgl. Obenaus [Anm. 18], S. 50f.; Klenner [Anm. 4], S. 144ff.: "Hegel und die Götterdämmerung des Absolutismus"; Karl H. Scheidler, "Hegel", in: Das Staats-Lexikon, Bd. 6, Altona 1847, S. 606-664.

24) Ludwig Börne, Gesammelte Schriften, Bd 1, Hamburg 1862, S. 65, 73 ("Einige Worte über die angekündigten Jahrbücher der wissenschaftlichen Kritik, herausgegeben von der Societät für wissenschaftliche Kritik zu Berlin", 1826).

25) Quelle: s. Anm. 19. - Der Vorstand der "Societät": der das Gesuch unterzeichnende Vorstand bestand aus Eduard Gans (1797-1839), seit 1826 a.o. Professor der Jurisprudenz in Berlin, Sekretär der Societäts-Klasse für Philosophie, Theologie, Rechts- und Staatswissenschaft sowie Generalsekretär der Societät;Heinrich Leo (1799-1878), seit 1825 a.o.Professor der Geschichte in Berlin, Sekretär der Societäts-Klasse für Geschichte, Philologie und Kunst; Carl Heinrich Schultz (Lebensdaten nicht bekannt), Sekretär der Societäts-Klasse für Naturwissenschaft, Mathematik und Medizin, auf dessen "Die Natur der lebendigen Pflanze", Bd 1, Berlin 1823 sich Hegel (Gesammelte Werke, Bd 20, Hamburg 1992, S. 350) in seiner "Enzyclopädie" (§ 345) mehrfach berief. -Karl Freiherr vom Stein zum Altenstein (1770-1840), seit 1817preußischer Staatsminister für die Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. - Die königliche Bibliothek zu Berlin war (nach der in München) die zweitgrößte Bibliothek in Deutschland. - Entsprechend den §§ 36 u. 37 des Societäts-Statuts [vgl. Anm. 9] hatte die Cottaische Buchhandlung den Verlag der "Jahrbücher" übernommen und war ihr Inhaber, Johann Friedrich Freiherr von Cotta (1764-1832) abwesendes ordentliches Mitglied der "Societät".

26) Quelle: s. Anm. 20. - Eduard Gans (vgl. Anm. 25), Hegels "treuer Freund und Gesellschafter" - so dessen Brief an seine Frau vom 17. August 1826 war der "Societät" Gründungs-Generalsekretär. - Karl Albert Heinrich von Kamptz (1769-1849), Mitglied des Staatsrats, seit 1822 auch erster Direktor der Unterrichtsabteilung in dem von Altenstein (vgl. Anm. 25) geleiteten Kultus-Ministerium. - Zu Schultz und Leo vgl. Anm. 25. - Carl Ritter (1779-1859), seit 1820 Geographie-Professor in Berlin, seit 1822 Akademiemitglied. - Heinrich Friedrich Link (1767-1851), seit 1811 Professor für Chemie und Botanik in Berlin, seit 1812 Akademie-Mitglied. - Ausländische Buchhandlung: vgl. Anm. 25 (Cottaische Buchhandlung).

27) Quelle: s. Anm. 22. - Friedrich Wilhelm III. (1770-1840), seit 1797 König von Preußen.

Anhang

Nr. 1

Berlin, 16. November 1826: Der Vorstand der "Societät für wissenschaftliche Kritik" erbittet vom Minister Altenstein Unterstützung (25).
Euer Excellenz wagen wir Endesunterzeichnete im Namen und Auftrag einer Anzahl Berliner Gelehrten folgende untertänige Vorstellung und Bitte vorzutragen:

Der erschlaffte Zustand, in welchem seit mehreren Jahren einige früher bedeutende, wissenschaftlicher Kritik gewidmete Zeitblätter herabgesunken sind, so wie der fragmentarische Charakter der Behandlung der neuen literarischen Erscheinungen in anderen besseren Journalen hat es zu einem dringenden Bedürfnis in Deutschland gemacht, daß ein neues literarischen Beurteilungen gewidmetes Unternehmen, welches den Forderungen der Zeit genügt, entstehe. Diese Forderungen sind hinsichtlich des Inhalts, daß die Literatur so universal wie möglich wie doch in dem Sinne berücksichtigt werde, daß nur das wissenschaftlich bedeutende, und dies nach reiflicher Prüfung und mit gewissenhafter Umsicht zur Sprache gebracht werde; hinsichtlich der Form scheint es unerläßlich für eine neu zu errichtende Literaturzeitung, daß sie mit allem Anstand, den die Teilname der gebildeten Kreise der Gesellschaft erheischt und in einer Sprache geschrieben werde, die auch das ganz den partikularen Teilen des Wissens zufallende zu dem Standpunkt eines allgemeinen und höheren Interesses zu erheben vermag.

Nirgends könnte ein ähnliches Unternehmen leichter und vielleicht überhaupt nirgends mit gleichen Erfolgen realisiert werden, als in Preußens Hauptstadt, wo durch anderweitige Verhältnisse der größte Zusammenfluß wissenschaftlich ausgezeichneter Männer stattfindet, und wo durch Ew. Excellenz gnädige Fürsorge und tiefe Einsicht alles, was zur Förderung der höchsten geistigen Interessen dienen kann, nicht allein Schutz und Aufmunterung, sondern auch Unterstützung jeder Art und festesten Haltpunkt findet.

Es hat sich demnach eine Anzahl Berliner Gelehrten vereinigt, ein literarisch-kritisches Blatt unter den oben angegebenen Rücksichten und Bedingungen herauszugeben, und die Cottaische Buchhandlung zu Augsburg hat das Unternehmen durch bereitwilliges Entgegenkommen und Eingehung eines der Sache angemessenen Kontraktes zu einem Anfangspunkt, der auf den 1. Januar des nächsten Jahres festgesetzt ist, gebracht. Wie sehr aber auch anzuerkennen ist, daß die von der genannten Buchhandlung eingegangenen Bedingungen leicht alles übertreffen dürften, was andere Buchhandlungen in dieser

Hinsicht hätten bieten können, werden die Kräfte von Privatleuten doch unmöglich im Stande sein, jenes ungehemmte und vollständige Gedeihen zu sichern, dessen es bedarf, nicht nur um als ein wahres Nationalwerk angesehen [zu] werden, sondern auch nur um die Vergleichung mit den vorzüglicheren was das Ausland in dieser Art aufzuweisen hat, aushalten zu können.

Im Vertrauen auf Ew. Excellenz allen wissenschaftlichen Richtungen und gründlichen Bestrebungen zugewendete gnädige Fürsorge wagen wir es, unser Unternehmen hochdero Schutz untertänigst zu empfehlen, und die Bitte submissest vorzutragen, daß Ew. Excellenz namentlich hinsichtlich desjenigen Punktes desselben zu unterstützen geruhen möchten, auf welchen die Mittel bloßer Privatpersonen am wenigsten Genügendes zu leisten im Stande sind. Es besteht dieser Punkt in einem großartigen Verkehr, welcher nur der Staat durch sein Zuhilfekommen zu erleichtern und auf die Dauer allein zu gewähren im Stande ist. Zwei Hindernisse besonders treten Privatleuten bei Anknüpfung eines Verkehrs, wie er für das Gedeihen unseres Unternehmens unerläßlich ist, entgegen, einmal nämlich der hohe Kaufpreis einzelner, und grade der ausgezeichnetsten, zumal der außerhalb Deutschlands erscheinenden wissenschaftlichen Werke, welche weder eine Gesellschaft deutscher Gelehrten noch auf die Dauer eine Buchhandlung bestreiten kann, zweitens aber der hohe Betrag des zur Unterhaltung der Korrespondenz mit der Verlagsbuchhandlung und den Mitarbeitern auszugebenden Portos.

Da der hiesigen Königlichen Bibliothek ohnehin jährlich ein bestimmter Fonds zum Ankauf besonders teurer unter dem Namen von Prachtwerken begriffener Bücher von Ew. Excellenz hohem Ministerio ausgesetzt wird, glauben wir auf Ew. Excellenz Gnade eine untertänige Bitte wagen zu dürfen, welche ohne dem Staate im Geringsten Unkosten zu verursachen eine aus reiner Liebe zur Wissenschaft unternommenen Werke zur gedeihlichsten Förderung notwendig gereichen müßte. Es würde sich nämlich die Bestimmung der der Bibliothek zu Ankauf von Prachtwerken bewilligten Geldern auf das Einfachste mit der Unterstützung unseres Unternehmens dergestalt vereinigen lassen, daß uns bewilligt würde, jährlich bis zu einer gewissen Summe neuerscheinende und wissenschaftlich bedeutende Prachtwerke nach einer vorher an die Bibliotheksbehörde zu machende Anzeige anzukaufen und dieselbe nach dem für unser Institut gemachten Gebrauche an die hiesige Königliche Bibliothek gegen Rückerstattung des Kaufpreises abzuliefern.

Hinsichtlich einer Erlassung des für unsere Korrespondenz zu zahlenden Portos, eine Erlassung, die auch dem Kunstverein, dem Gewerbeverein, dem Gartenverein gewährt ist, wagen wir nicht detailliertere Vorschläge zu machen.

Wir hegen das unbeschränkteste Vertrauen, zu Ew. Excellenz Einsicht und Weisheit, und leben der zuversichtlichen Hoffnung, daß der Preußische Staat, der zu jeder Zeit in Deutschland durch die Pflege und Unterstützung, welche er den Wissenschaften und den aus reiner Liebe zu denselben begonnenden Bestrebungen angedeihen ließ, sich vor allen anderen ausgezeichnet hat, ein Unternehmen nicht verkümmern lassen wird, was durch das Bedürfnis der Wissenschaft und Bildung in Deutschland gefördert, und durch die Teilname so vieler der ausgezeichnetsten Gelehrten unseres Vaterlandes gerechtfertigt wird.

Mit der vollkommensten Devotion verharren wir Ew. Excellenz

Gans Leo Schultz

Nr. 2

Berlin, 21. Dezember 1826: Der Generalsekretär der "Societät für wissenschaftliche Kritik" informiert Minister Altenstein und wiederholt sein Unterstützungsersuchen (26).

Gnädigster Hochgebietender Herr Geheimer Staatsminister

Der Herr Geheime Rat von Kamptz Excellenz hat die Güte gehabt, mir im Auftrag Ew. Excellenz Einiges über die von mir und den Herren Professoren Schultz und Leo rücksichtlich der Berliner Jahrbücher eingereichten Vorstellung, zu bemerken, und mich zu einer derfalsigen schriftlichen Auseinandersetzung aufgefordert.

Wenn die Herren Schultz, Leo und ich die genannte Vorstellung unterzeichnet haben, so geschah dies bloß im Auftrag der Mitglieder der Societät, und namentlich der redigierenden Mitglieder, die uns zu Klassensecretarien gewählt haben. Es soll in dieser Unterzeichnung keineswegs die Anmaßung enthalten sein, als stünden wir an der Spitze einer Societät, die der beifolgenden Liste zufolge die bedeutendsten Namen hier und auswärts enthält. Die Secretarien sind nur der Arbeit und des Geschäftsganges wegen da, sie wollen nicht die Ehre einer Repräsentation für sich vindicieren und wenn man die Jüngeren dazu gewählt hat, so geschah dieses lediglich, weil die älteren Herren sich nicht mit so schweren äußeren Arbeiten als die namentlich meines Generalsecretariats, das ich gern abgeben möchte, befassen wollten. Da ich das ganze Unternehmen zuerst ausgedacht, eingeleitet, und nach Beseitigung vieler schwieriger Hindernisse ins Leben gerufen habe, so glaubte ich nicht gut die Aufforderungen aller Mitglieder, dieses Secretariat zu übernehmen, abweisen zu können, zumal da ich nicht dachte, daß ein anderer mehr Inter-

esse als ich für eine Sache haben würde, die erst im Entstehen war: ich bitte Ew. Excellenz also dieses auf keine Weise als ungebührliche Eitelkeit auszulegen und kann das Gleiche von den Herren Collegen Schultz und Leo versichern.

Was die Teilahme der Herren Carl Ritter und Link betrifft, die von Ew. Excellenz gewünscht wurde, so ist Herr Ritter gleich bei Gründung der Societät beigetreten, hat sich aber, wegen überhäufter Geschäfte nicht mit den regelmäßigen Redaktionsgeschäften befassen wollen. Herr Link ist infolge des Wunsches Ew. Excellenz sofort eingeladen worden, und ist seitdem der Societät beigetreten.

Wenn endlich die Verhältnisse zu einer ausländischen Buchhandlung als störend betrachtet wurden, so kann ich nur im Namen Aller Herren Teilnehmer der Richtigkeit dieser Bemerkung beistimmen, womit sich jedoch zugleich das traurige Geständnis verbindet, daß nur diese Buchhandlung den Mut gehabt hat, Garantien zu bieten, die den Anfang unseres Unternehmens möglich machten, und daß keine Berliner Buchhandlung sich dazu bereit gefunden hat. Vielleicht gelingt es der Societät künftig, wenn Ew. Excellenz Ihre Mithülfe nicht versagt, diese Störung zu beseitigen.

Indem ich somit der verlangten Aufforderung Genüge geleistet zu haben glaube habe ich die Ehre, im Namen und Auftrag der Societät Ew. Excellenz submissest zu ersuchen, daß

es Hochdenselben gefallen möge, die in unserer Vorstellung vom 16. November a. c. gemachten Vorschläge wegen des Portos und der Bibliothek anzunehmen, ferner aber bei Sr Majestät dem Könige auf eine Unterstützung anzutragen, zu der uns Se Excellenz der Geheime Rat von Kamptz einige Hoffnung gemacht hat und deren Größe lediglich der hohen Einsicht Ew. Excellenz zu überlassen wäre. Indem dadurch die Societät in geringerer Abhängigkeit von der Buchhandlung wäre, würden zugleich manche Kosten, die bis jetzt noch von den Honorarien gedeckt werden müssen, bestritten werden können.

In der Hoffnung einer baldigen geneigten Antwort ersterbe ich in tiefster Ehrfurcht Ew. Excellenz untertänigster

Dr. Ed. Gans

Redaktion

Böckh, Bopp, Dirksen, Gans, Hegel, v. Henning, Homeyer, Hufeland, Leo, Marheinike, Pohl, Varnhagen von Ense, Schultz, Joh. Schulze, Streckfuß, Waagen.

Mitglieder und Mitarbeiter

Sulpitz Boisseree, Buttmann, Carove, Fr. Creuzer, Daub, Drumann, Förster, Gabler, Göttling, Hinrichs, Hotho, Wilhelm v. Humboldt, Immermann, Link, Meinike, Meyer in Halle, von Meyer in Frankfurt, W. Müller, Nees von Esenbeck, Neumann, Niethammer, Oelsner, Oltmanns, Phillips, Purkinje, Carl Ritter, L. Robert, Rosen, Rötscher, Schömann, v. Schröter, Schubert, v. Stägemann, A. W. Schlegel, Thibaut, Thiersch, Ullmann, Umbreit, Wagner, A.Wendt, v. Wening Ingenheim, v. Willissen, Zimmern.

Die Mitglieder, die um den Beitritt ersucht worden, aber deren Antwort noch nicht eingelaufen ist, sollen jeden Monat nachgetragen und dem Ministerio angezeigt werden.

Nr. 3

Berlin, 13. Februar 1827:

Friedrich Wilhelm III. versichert in einem Rescript an Altenstein der „Societät" Schutz und Wohlwollen, gewährt aber keine anderweite Unterstützung (27).

Aus Ihrem Berichte vom 30. Dezember v.J. habe Ich die Bildung einer literarischen Gesellschaft für den Zweck der Herausgabe einer Zeitschrift unter dem Titel "Berliner Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik" ersehen. Es wird Mir zur Zufriedenheit gereichen, wenn die Leistungen der Gesellschaft die Mir angezeigten Zwecke erfüllen, in welcher Erwartung Ich sie gern Meines Schutzes und Meines Wohlwollens versichere. Ich überlasse Ihnen wegen der Erleichterungen des Porto mit dem Generalpostmeister sich zu vereinigen und in Beziehung auf die Benutzung der Bibliothek die angemessene Verfügung zu treffen.

Die nachgesuchte Geld-Unterstützung mit 4000 Talern zu bewilligen, kann Ich Mich dagegen nicht veranlaßt finden.

Friedrich Wilhelm.

MITTEILUNGEN
DER
LEIBNIZ-SOZIETÄT

Statut der Leibniz-Sozietät e.V. [1]

Die Leibniz-Sozietät ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein[2], der aus der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften hervorgegangen ist.

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "Leibniz-Sozietät e.V.". Er hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung der Wissenschaften in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz durch

- Diskussion wissenschaftlicher Ergebnisse seiner Mitglieder und Gäste,

- Vorträge und Publikationen, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen,

(2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Vereinsmittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke eingesetzt werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Bei Ausscheiden aus dem Verein entsteht kein Anspruch auf Vereinsvermögen.

§ 3 Finanzierung

(1) Die Mitglieder des Vereins entrichten Mitgliedsbeiträge.

(2) Der Verein finanziert seine Arbeit auch aus Spenden und anderen Zuwendungen, die für die zweckbestimmten und satzungsmäßigen Aufgaben dem Verein zufließen.

§ 4 Mitglieder

(1) Im Interesse der von der Leibniz-Sozietät für die Allgemeinheit zu leistenden wissenschaftlichen Arbeit werden durch Beschluß der Mitgliederversammlung Persönlichkeiten als Mitglieder eingeladen, die auf ihrem Fachgebiet hervorragende Leistungen erbringen.

---

[1] beschlossen in der Geschäftssitzung der Mitglieder der Sozietät am 17. November 1994

[2] eingetragen in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg unter Nr.

(2) Die Mitgliedschaft wird beendet

- durch den Tod,

- durch Austritt, der unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende dem Vorstand schriftlich zu erklären ist,

- durch förmlichen Ausschluß, der nur durch Beschluß der Versammlung der Mitglieder herbeigeführt werden kann.

§ 5 Fördernde Mitglieder

(1) Fördernde Mitglieder können natürliche oder juristische Personen werden, die sich dem Anliegen der Leibniz-Sozietät besonders verbunden fühlen und bereit sind, diese materielle und ideell in besonderer Weise zu befördern.

(2) Fördernde Mitglieder werden auf Antrag durch Beschluß des Vorstandes aufgenommen. Dieser Beschluß unterliegt der Bestätigung durch die Mitgliederversammlung.

(3) Fördernde Mitglieder haben das Recht, an den Veranstaltungen der Leibniz-Sozietät teilzunehmen. Sie haben jedoch kein Stimmrecht.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung (Plenum)

- der Vorstand (Präsidium), bestehend aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und den Sekretaren der Klassen.

§ 7 Mitgliederversammlung

(1) Die ordentliche Mitgliederversammlung (Geschäftssitzung) wird jährlich durchgeführt. Sie beschließt insbesondere über

- die Richtlinien der Arbeit des Vereins,

- den Jahresbericht des Vorstandes,

- den Bericht des Kassenprüfers und den jährlichen Finanzplan des Vereins.

Die Mitgliederversammlung beschließt weiter über

- die Bestellung und Abberufung des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Schatzmeisters,

- die Bildung und Auflösung von Arbeitsgruppen (Klassen),
- die Geschäftsordnung des Vereins,
- die Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- die Mitgliedschaft bzw. den Ausschluß von Mitgliedern,
- die Auflösung des Vereins und die Verwendung seines Vermögens sowie
- über Einsprüche gegen Entscheidungen des Vorstandes.

(2) Der Vorstand beruft die Mitgliederversammlung durch besondere schriftliche Einladung ein; die Einladung muß mindestens vier Wochen vor der Versammlung zur Post gegeben werden. Die Tagesordnung wird durch den Vorstand vorgeschlagen; über sie ist bei Beginn der Versammlung Beschluß zu fassen

(3) Beschlüsse werden durch die Mehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt. Auf Verlangen erfolgt die Beschlußfassung geheim. Wahlen erfolgen geheim (Stimmzettel). Beschlüsse zur Änderung der Satzung der Mitgliedschaft bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder.

(4) Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Präsidenten oder Vizepräsidenten zu unterzeichnen ist. Das Protokoll ist den Mitgliedern mindestens drei Monate zugänglich zu halten. Einwendungen können nur einen Monat - nachdem die Niederschrift zugänglich ist - erhoben werden.

§ 8 Vorstand des Vereins

(1) Zu Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins bestellt werden. Die Bestellung erfolgt für einen Zeitraum von drei Jahren. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstandes kann vom Vorstand für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger bestellt werden.

(2) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Er ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden und dieser rechenschaftspflichtig.

(3) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied vertreten.

§ 9 Klassen und Arbeitsgruppen

Soweit es die Zwecke des Vereins erfordern, können Klassen und Arbeitsgruppen gebildet werden. Die Bildung erfolgt auf Beschluß der Mitgliederversammlung, die gleichzeitig den Inhalt der Tätigkeit der Klassen und Arbeitsgruppen bestimmt. Jede Klasse wählt sich einen Sekretar, jede Arbeitsgruppe einen Vorsitzenden.

§ 10 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung über das Vermögen. Das Vermögen darf nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden. Der Beschluß über die künftige Verwendung darf erst nach vorheriger Zustimmung des Finanzamtes ausgeführt werden. Das gleiche gilt bei Wegfall des bisherigen Zwecks des Vereins.

Nachrufe

Auf dem Leibniz-Tag 1993 wurde der Mitglieder der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Mitglieder der Leibniz-Sozietät gedacht, die seit Juli 1992 verstorben waren. Leben und Werk der Vorstorbenen würdigte Ernst Engelberg, Vizepräsident der Leibniz-Sozietät

Annemarie von Gabain

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1959, verstorben am 15. Januar 1993 in Anger

Frau von Gabain, am 4. Juli 1901 geboren, hat maßgeblich die Forschungen auf den Fachgebieten Sinologie und Turkologie, unter anderem auf der Grundlage der Turfan-Sammlung der Berliner Akademie, vorangebracht. Unter den komplizierten Bedingungen der Akademie-Reform trug sie durch ihr Engagement dazu bei, die entsprechenden Forschungen im neugegründeten ehemaligen Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie zu fördern und - trotz ihres hohen Alters - an Fachtagungen unserer Akademie aktiv mitzuwirken.

Heinz Röhrer

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1955, verstorben am 13. Juni 1992

Heinz Röhrer gehörte der Klasse Medizin an. Er war Tierarzt, Veterinär-Pathologe und Virologe und wirkte auf den Gebieten der Viruskrankheiten und der Tier seuchenbekämpfung weit über die Landesgrenzen hinaus auf die gesamte Tiermedizin und die Lebenswissenschaften. Von 1948 - 1970 war er Präsident der Forschungsanstalt für Viruskrankheiten Insel Riems.

Das Friedrich-Loeffler-Institut für Virusforschung Insel Riems bei Greifswalde wurde, durch ihn geprägt, zu einer wesentlichen Einrichtung, speziell auf dem Gebiet der Bekämpfung verlustreicher Viruskrankheiten landwirtschaftlicher Nutztiere.

Heinz Röhrer hat die flächenhafte Schutzimpfung gegen eine der verheerenden, pandemisch auftretenden Tierseuchen, die Maul- und Klauenseuche, nach heftigem wissenschaftlichem Streit kreiert und damit im Weltmaßstab ein Beispiel geschaffen

für eine rationelle Tierseuchenbekämpfung.Mit der Herausgabe seines sechsbändigen Handbuches der Virusinfektionen schuf er ein fundamentales Werk auf dem Gebiet der Viruskrankheiten, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde.

Heinz Röhrer hat entscheidend mitgewirkt, viele bedeutsame Forscher heranzubilden und dabei die naturwissenschaftlich ausgerichtete Tiermedizin zu pflegen. Für seine herausragenden Leistungen wurde er vielfach hoch geehrt. Die Universitäten Leipzig und Greifswald verliehen ihm die Ehrendoktorwürde, er erhielt den Nationalpreis der DDR, wurde mit der Kopernikus-Medaille der Polnischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet und schließlich, als Krönung seines Lebenswerkes, mit der Verleihung der Goldenen Cothenius-Medaille durch die Leopoldina. Er war Mitglied der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der Royal Society of Medicine London sowie der Weltvereinigung für Neurologie und Neuropathologie.

Heinz Röhrer hat durch sein lebensbejahendes Denken und Handeln Außergewöhnliches angestrebt und vollbracht.

Werner Lange

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1964, verstorben am 9. Dezember 1992

Werner Lange war eine vielseitige, außergewöhnliche Persönlichkeit. Der hervorragende Wissenschaftler der Metallurgie und der Werkstoffkunde verband die ausgeprägte Fähigkeit mit dem Bestreben zur komplexen Gesamtbetrachtung wissenschaftlich-technischer, ökologischer und wirtschaftlicher Problemstellungen.

Als anerkannter Hochschullehrer und langjähriger Institutsdirektor beeinflußte er an der Bergakademie Freiberg auf den Gebieten der Metallurgie, Metallkunde und Metallphysik und an der damaligen Technischen Hochschule Dresden bei der Anwendung radioaktiver Isotope dieAusbildung des akademischen Nachwuchses.

Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten zur Thermodynamik metallurgischer Reaktionen, insbesondere zur Bildung der Metalloxide, trug er frühzeitig zur Einführung physikalisch-chemischer Betrachtungsweisen in die metallurgische Praxis bei. Die Entwicklung, die Eigenschaftsprüfung und der anwendungsgerechte Einsatz von Werkstoffen ebenso wie die Gruppe der Werkstoffe mit besonderen physikalischen Eigenschaften waren Gegenstand von oft fachgebietsübergreifenden Untersuchungen. Werner Lange förderte die Aufgaben zum Umweltschutz und zur Verbesserung der ökologischen Wechselbeziehung zwischen Natur und Technik.

Große Verdienste erwarb er sich als langjähriger Leiter der Klasse "Werkstoffwissenschaften", deren Bildung er bereits 1969 anregte. Auch als Mitglied des Präsidiums der Akademie hat Werner Lange stets aktiv und kritisch die Tätigkeit unserer Gemeinschaft beeinflußt.

Wir gedenken seiner ehrend nicht nur als eines Wissenschaftlers von internationalem Rang, sondern auch als eines bescheidenen Menschen, der im Sinne einer zutiefst humanistischen Denkweise bemüht war, dem wissenschaftlichen Fortschritt und dem Gemeinwohl zu nützen.

Ernst Werner

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1973, verstorben am 15. Februar 1993 in Leipzig

Die Arbeiten von Ernst Werner stützten sich vor allem auf die soziologische Methode, die er konkret anzuwenden verstand. Wesentliche Forschungsgegenstände fand er in den gesellschaftlichen Grundlagen von Kloster- und Kirchenreformen, von Häresien, sozial-religiösen Bewegungen und der Scholastik. In Monographien und zahlreichen anderen Arbeiten untersuchte er die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Volksschichten, die Beziehungen innerhalb verschiedener sozialer Bereiche und die zu den politischen und geistlichen Herrschaftsstrukturen sowie die geistig-religiösen Ausdrucksformen solcher Verflechtungen.

Die Bemühungen um komparative Mediävistik veranlaßten ihn, sich der hoch- und spätmittelalterlichen Geschichte des Byzantinischen Reiches, des arabischen Kalifats und der türkischen Herrschaft zuzuwenden. Sein grundlegendes Werk über "Die Geburt einer Großmacht. Die Osmanen (1300-1482)" wurde mehrfach aufgelegt.

Ernst Werner lehrte in Leipzig und trug zum internationalen Ansehen der dortigen Universität in Forschung und Lehre bei. Die Klasse für Literatur-, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften der Berliner Akademie, der er seit seiner Wahl als Ordentliches Mitglied 1973 angehörte, verdankt ihm eine Vielzahl von anregenden Vorträgen und Veröffentlichungen.

Manfred Kossok

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1975, verstorben am 27. Februar 1993 in Leipzig

Manfred Kossok, seit 1972 Korrespondierendes, seit 1975 Ordentliches Mitglied der Akademie, war ein Historiker von internationalem Rang. Arbeiten zur Geschichte Lateinamerikas, besonders zur Zeit der Unabhängigkeitsrevolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts, und zur Geschichte Spaniens, begründeten seinen Ruf über Europa hinaus. Der Ehrendoktorwürde der peruanischen Universität Huacho folgte die Mitgliedschaft in der Nationalen Akademie für Geschichte Venezuelas. Als Schüler Walter Markovs galt seine Aufmerksamkeit auch der Geschichte der Großen Französischen Revolution. Der von ihm geschaffene Arbeitskreis für vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit und das von ihm geleitete Internationale Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung, das sich Ende der 80er Jahre auch mit vergleichender Gesellschaftsforschung befaßte, machte den Leipziger Kreis für Fachleute in aller Welt zu einer ersten Adresse.

Er war Hochschullehrer mit Leib und Seele, und so gehörten seine Vorlesungen und Seminare, die er nur dank internationaler Unterstützung bis zuletzt halten konnte, zu den meistbesuchten seiner Fakultät. Als Universalhistoriker fühlte er sich dem emanzipatorisch-aufklärerischen Anliegen von Marx verpflichtet und warb mit seinen Forschungen und Lehrveranstaltungen für ein Welt-Geschichtsverständnis, das sich national oder eurozentrisch verengten Sichtweisen widersetzte und nach Alternativen für die Menschheit fragte.

In den letzten Jahren stellte er sich der kritischen Analyse eigener Vergangenheit, verteidigte dabei aber selbstbewußt Bewahrenswertes in der wissenschaftlichen Arbeit und im gesellschaftlichen Engagement seiner Generation gegen die in Mode gekommenen Pauschalurteile. Rund 400 wissenschaftliche Veröffentlichungen umfaßt sein Oeuvre, darunter neben zahlreichen monographischen Arbeiten und Gesamtdarstellungen die von ihm herausgegebenen 11 Bände der "Studien zur Revolutionsgeschichte". Das Plenum der Akademie und ihre Klasse Literatur-, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften schätzten in ihm eines der produktivsten und engagiertesten Mitglieder. Sein letzter Vortrag in der Gelehrtensozietät am 12. März 1992 über "1492 - nur ein Kolumbusjahr?" gab eine neue Sicht auf die historische Stellung und Wirkung der sogenannten Entdeckung Amerikas und den Entwicklungsweg der Menschheit. Gelehrte seines Faches wie auch anderer Disziplinen, Kollegen wie Schüler werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Fritz Hintze

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1961, verstorben am 30. März 1993

Fritz Hintze gehörte unserer Akademie seit 1959 als Korrespondierendes Mitglied, seit 1961 als Ordentliches Mitglied an. Seine zahlreichen Publikationen auf dem Gebiet der allgemeinen Sprachwissenschaft und zu ägyptologischen Themen erhöhten den wissenschaftlichen Erkenntnisstand und regten viele erfolgreich arbeitenden Ägyptologen an. Das Hauptinteresse Fritz Hintzes galt der Erforschung von Geschichte, Kultur und Sprache des antiken Sudan. Vielfältige Arbeiten waren diesem Gebiet gewidmet, das sich vornehmlich durch sein Engagement zu einer eigenständigen Wissenschaftsdisziplin, der Meroitistik, entwickelte. Langjährige Ausgrabungstätigkeit im Sudan sowie die Leitung der epigraphischen Expeditionen in das sudanesische Nubien als Beitrag unserer Akademie im Rahmen der UNESCO-Kampagne zur Rettung der Altertümer Nubiens vor den Fluten des Assuan-Stausees machten ihn zu einem international hochgeschätzten Kenner des alten Sudan. Dafür wurde er 1990 mit der Ehrendoktorwürde der Khartum-University geehrt.

Fritz Hintze verband in glücklicher Weise seine Forschungen in der Altorientalistik mit Methoden anderer Wissenschaften und propagierte mit Leidenschaft die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaftlern. So gilt er als Wegbereiter für die Einführung der mathematischen Statistik in die Altertumswissenschaften. Im letzten Schaffensjahrzehnt widmete er sich der Anwendung der Computertechnik in der Ägyptologie und Meroitistik; viele Vorlesungen und Vortragsreisen im In- und Ausland dienten diesem Anliegen.

Fritz Hintze, der seine wissenschaftliche Arbeit 1946 am "Ägyptischen Wörterbuch" der Akademie begann, war von 1963 bis 1969 Direktor des Institutes für Orientforschung. Dort galt seine Energie der Ausweitung der internationalen Kooperation der Orientalistik. Er war Herausgeber traditionsreicher Zeitschriften wie der "Zeitschrift für Ägyptische Sprache und Altertumskunde" und der "Orientalischen Literaturzeitung", zudem begründete er das Fachorgan der Meroitistik, die "Meroitica".

Ein plötzlicher Unfalltod riß ihn aus seinem Schaffen. Wir werden seines Wirkens in Dankbarkeit gedenken.

Velizar Velkov

Auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1990, verstorben am 21. April 1993 in Sofia

Velizar Velkov, bis zu seinem Tode kurz vor Vollendung des 65. Lebensjahres Vizepräsident der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, war seit Jahrzehnten mit der Arbeit der Berliner Akademie verbunden. Das letzte gemeinsame Projekt der Sofioter und der Berliner Akademie, das von Velizar Vekov mit betreut wurde, waren die archäologischen Forschungen in Karasura bei Plovdiv. Der Althistoriker, Archäologe und Altphilologe, langjähriger Direktor des Archäologischen Instituts und Museums der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, schuf nicht zuletzt dank seiner breiten interdisziplinären Ausbildung international bekanntgewordene Arbeiten über die gesellschaftliche Struktur, Geschichte und Kultur des alten Thrakien und Mösien sowie über Probleme des Übergangs von der Antike zum Mittelalter und zur frühen Geschichte Bulgariens im Zusammenhang mit der europäischen Geschichte. Die Sammlung griechischer und lateinischer Quellen zur bulgarischen Frühgeschichte, epigraphische Analysen und eigene archäologische Ausgrabungen, zuletzt vor allem im alten thrakischen Hauptport Kabyle, sicherten seinen Arbeiten neue, verläßliche Grundlagen und bereicherten die Quellenbasis der internationalen Forschung. Gastprofessuren führten ihn in zahlreiche Universitäten von Buenos Airos über Oxford, Paris, Berlin nach Moskau und Leningrad.

Werner Hartke

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1955, verstorben am 14. Juni 1993 in Berlin

Werner Hartke studierte an der Berliner Universität seit 1925 Klassische Philologie, daneben Klassische Archäologie, Mathematik, Zoologie und Pädagogik. Jaeger, Rodenwaldt und Norden gehörten zu seinen Lehrern. Bei letzterem legte er in lateinischer Sprache seine Dissertation über spätantike Historiographie vor. In seiner Habilitationsschrift untersuchte er 1939 die Ursachen, die zum Untergang der antiken Gesellschaft führten. Der zweite Weltkrieg unterbrach seine wissenschaftliche Laufbahn. Als Dozent an der Universität Göttingen wandte er sich 1946 unter dem Eindruck von Krieg und Nachkriegsentwicklung in Deutschland stärker wissenschaftspolitischen Fragen zu und geriet in Konflikt mit restaurativen Bestrebungen. Daher folgte er 1948 einem Ruf auf den Lehrstuhl für Klassische Philologie an der Universität Rostock und 1955 dem an die Humboldt-Universität. In diesen Jahren entstand seine in mehreren Auflagen gedruckte Monographie über "Römische Kinderkaiser" als Beitrag zur Analyse spätrömischen Herrschaftssystems und Herrschaftsverfalls.

In Berlin nahm Werner Hartke die Aufgaben als Rektor der Humboldt-Universität, danach als Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR in Anspruch, mit allen wissenschaftspolitischen Querelen, die damit verbunden waren. Nach seiner Emeritierung im Jahre 1972 legte Werner Hartke, solange es seine Kräfte zuließen, weitere wissenschaftliche Spezialuntersuchungen vor, die auf dem reichen Wissensfundus des international anerkannten Gelehrten basieren konnten.